

Öffnet die Grenzen!

Humanitärer Korridor JETZT

Streik beim US-Autokonzern
General Motors

SI ist aktiv!

10. Bundesdeligierten-
versammlung



SI-NEWSLETTER

Liebe SI-Mitglieder!

Liebe Leserinnen und Leser!

Die wohl brennendste Frage dieser Tage sind die Flüchtlingsströme, die derzeit nach Europa kommen. 2014 waren 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Hunger, Krieg, Umweltkatastrophen, das sind mehr als im gesamten 2. Weltkrieg. Im ersten! Halbjahr 2015 ist die Zahl der Flüchtlinge um 140 % gestiegen. In mehr als 20 Ländern sind wie z.B. in Syrien, die staatlichen Strukturen zerstört, der tägliche Kampf ums Überleben bestimmt den Tagesablauf. Die Flüchtlingsströme werden zunehmen, sie sind eine Folge der Krisenhaftigkeit des imperialistischen Weltsystems.

Doch wie wird in den „Zielländern“ mit den flüchtenden Menschen umgegangen? Kommentarlos wird von den Regierungen geduldet, wie Menschen verachtend z. Bsp. die ungarische Regierung mit ihnen verfährt; Griechenland und Italien werden von den restlichen europäischen Ländern mit der Flut der Flüchtlinge, die sie regelrecht überrollt, alleine gelassen.

Den imperialistischen Regierungen in den Zielländern geht es bei ihrer Flüchtlingspolitik darum, wenig sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte und Akademiker günstig anzusiedeln, die große Masse aber schnell abzuschieben. Zu diesem Zweck werden noch flugs ein paar Länder wie der Kosovo und Albanien als sicher erklärt. Befürchtet werden auch massenhafte Flüchtlingsbewegungen mit revolutionärem Potential. Deshalb werden schon Taktiken entwickelt, die von einer rigorosen Abschottungspolitik bis zu kalkulierten Kriegen reicht, um die Menschen zu reduzieren. Im Mittelmeer lässt man sie ja heute schon ertrinken. Das Gerede von der „Willkommenskultur“ wird auch recht schnell entlarvt: Flüchtlingen wird vom Staat ein Wohnraum von 4m² zugestanden – nebenbei bemerkt – in einem

Flüchtlingsheim in Suhl/Thüringen sind es zeitweise nur 3,5 m². Hunden stehen doch satte 6 m² zu! Die unerwartete Welle der Hilfsbereitschaft und Spenden von Privatpersonen und Organisationen kann nicht von der Hetze rechtsgerichteter Organisationen und Bewegungen ablenken. 200 faschistische und rassistische Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte spiegeln das wieder.

In keinem der Länder, aus denen die Flüchtlinge kommen, machen die Regierungen der westlichen Länder anstalten, die Ursachen der Fluchtgründe zu bekämpfen. Es wird immer nur auf die Folgen reagiert und nicht die Ursachen bekämpft. Auch in den Zielländern haben die Regierungen kein wirkliches Interesse, die Menschen wirklich zu integrieren.

Genau das ist aber das Ziel von SI : ein menschenwürdiges Leben. SI unterstützt deshalb das im Aufbau befindliche „Haus der Solidarität“ im thüringischen Truckenthal, das als eine besondere Flüchtlingsunterkunft unter Einbeziehung von Flüchtlingen selbst und unterstützt von Nutzern der dortigen Ferienanlage und der Bevölkerung umliegender Orte entwickelt wird. Im Newsletter wird mit einem Spendenaufruf das Projekt vor allem für syrisch-kurdische Flüchtlinge ausführlich vorgestellt. In enger Verbindung damit steht nach wie vor die Unterstützung des Aufbau eines Medizin- und Sozialprojektes in der kurdischen Provinz Rojava in Nordsyrien. SI unterstützt dazu den Aufruf einer bundesweiten Initiative „Medizin für Rojava“ und ruft weiterhin breit zu Spenden auf. Spenden können unter Verwendung eines entsprechenden Stichwortes auf unser Konto bei der Frankfurter Volksbank, IBAN: DE 86 5019 0000 6100 8005 84; BIC: FFBVDE33 überwiesen werden. Darüber hinaus gibt der Newsletter einen Ausblick auf die 1. Automobilarbeiterkonferenz vom 14.-18.10.15 in Sindelfingen, einen Überblick über die Aktivitäten des DPF (Deutsch-Philippinische-Freundschaftsgesellschaft e.V.) und berichtet über eine Initiative zu dem Ngenyi-Projekt im Kongo und über die Initiativen von Gruppen und Mitgliedern von SI. Wir haben uns sehr über die zahlreichen Zuschriften gefreut und hoffen, dass dies auch beim Nächsten so sein wird. Redaktionschluss für ersten Newsletter 2016 ist der 15. Dezember 2015.

Euer Redaktionsteam

Der Kampf im Valle Tambo/Perú geht weiter

Von den Protesten im Valle Tambo/Perú, bei denen es durch gewalttätige Ausschreitungen durch die Polizei zu Toten und zahlreichen Verletzten kam, berichteten wir im letzten Newsletter.

Weil wir den Kämpfenden über die moralische Unterstützung (Solidaritätserklärung) hinaus auch eine Spende in Höhe von 500 Euro schicken wollten, schrieben wir der „Sozialistischen Jugend Peru“ mit der Bitte, uns bei der Herstellung eines Kontaktes zu helfen: „Könnt ihr uns wissen lassen, an wen wir

die Spende überweisen können, damit sie sicher bei den Betroffenen ankommt. Wir würden uns dann auch sehr darüber freuen, wenn der Erhalt des Geldes bestätigt werden und uns auch mitgeteilt würde, wofür das Geld verwendet wird.“

Nach einer Weile erhielten wir die Nachricht, dass sich ein Verein der Verletzten gegründet hat, der unsere Spende erhalten solle und darüber sehr dankbar sei. Den Verletzten wurde nämlich die Behandlung in den Krankenhäusern von Arequipa verweigert. An-

geblich weil dort nicht die notwendigen Einrichtungen vorhanden seien. Die betroffenen Menschen sollten irgendwie mit einer Kugel im Leib zurecht kommen. Wie menschenfeindlich ist das denn?!

Wir konnten inzwischen die Überweisung vornehmen und haben erfahren, dass es gut angekommen ist und zusammen mit vor Ort gesammelten Spenden so verwendet wird, dass die Verletzten nach Bolivien reisen können, wo sie von solidarischen kubanischen Ärzten behandelt werden.

Wir wurden des Weiteren darüber benachrichtigt, dass der Kampf gegen das Bergbauprojekt Tía María weitergeht. So haben Anfang August die Teilnehmer einer Versammlung nach einer Demonstration beschlossen, Workshops zu veranstalten, in denen der schädliche Einfluss der geplanten Kupfermine auf das gesamte landwirtschaftlich genutzte Gebiet untersucht wird und es werden weitere Demonstrationen und sonstige Aktionen folgen, denn die Menschen dort wollen sich nicht auf faule Kompromisse einlassen. Dafür wünschen wir ihnen viel Erfolg.

Appel an die internationalen Arbeiterorganisationen sowie – Gremien zur Registrierung und Verfolgung der Klage der entlassenen Gewerkschaftsmitglieder und Omnibusfahrer-innen in Teheran und Umland (Sherkat Vahed)

Der internationale Gewerkschaftsbund, der internationale Arbeiterverband des Verkehrswesens, Kollektiv der französischen Gewerkschaften, die Londoner Verkehrsgewerkschaft, der schwedens Gewerkschaftsbund, die schwedens Arbeitergewerkschaft des Verkehrswesens, ...



Von: „Gewerkschaft der Omnibusfahrer-innen in Teheran und Umland“ (Sherkat Vahed)

Betr.: Unrechtmäßige Kündigung der Busfahrer-innen und Mitglieder der „Gewerkschaft der Omnibusfahrer in Teheran und Umland“ (Sherkat Vahed) wie folgt:

Hr. Reza Shahabi, Hr. Hassan Saiidi, Hr. Vahid Feridoni, Hr. Naser Mahram Zadeh, Hr. Housein Karimi Sabzewar und Fr. Farahnaz Shiri

Mit solidarischen Grüßen und Danksagung für Ihre Unterstützung

Da die iranische Regierung ein Mitglied der „Internationale Arbeiterorganisation“ (IAO) ist, ist sie dazu verpflichtet, die Arbeiterrechte einzuhalten. Daher appellieren wir an Sie in diesem Zusammenhang, alles Notwendige in die Wege zu leiten, damit die Klage der gekündigten Arbeiter auf eine rechtliche Ebene registriert und deren Rückführung zur Arbeit ermöglicht wird.

Die oben erwähnten gekündigten Arbeiter sind einerseits durch illegale bzw. unrechtmäßige Aktenlegung seitens der „Islamische Räte“, die eine gewerkschaftsfeindliche Haltung innehaben, und andererseits durch die Sicherheitszentren seitens der abhängigen Behörden des Arbeitsministeriums belastet worden. Diese Gremien haben diese Kündigungen veranlasst. Die betroffenen Arbeiter sind jeglicher Ansprüche auf Lohn, berufliche Vorzüge sowie Arbeitslosen- und Krankenversicherung entzogen. Alle bisherigen Bemühungen innerhalb des Arbeitsministeriums bezüglich deren Kündigung sind erfolglos gewesen. Die Gewerkschaft der Busfahrer versucht konsequent die Rechte der Arbeiter zu beschützen. Ihre Solidarität und Verteidigung der Rechte dieser entlassenen Arbeiter innerhalb der „IAO“ könnte jedoch sehr positiv auf diesen Prozess auswirken.

Falls die Möglichkeit besteht, dass Sie sich mit diesen Fällen arbeitsrechtlich auseinandersetzen können, teilen Sie bitte uns mit, damit wir Ihnen unverzüglich alle notwendigen Informationen hierfür zur Verfügung stellen.

Wir bedanken uns abermals für Ihr Engagement und Ihre Kraftanstrengungen zur Verteidigung der Arbeiter in Iran.

„Gewerkschaft der Omnibusfahrer-innen in Teheran und Umland“ (Sherkat Vahed) 30.08.2015

Übersetzen von: Solidarität Vereine mit Arbeiter Bewegung in Iran – Ausland

Wir warten auf eurem Rückmeldung, bitte teilen Sie uns was Sie darüber übernehmen können.

**Mit Solidarische Grüßen
Solidarität Vereine mit Arbeiter Bewegung in Iran – Ausland**

Kronkorken für Ngenyi

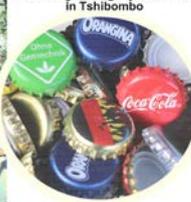
Neues aus Tshibombo

VFI Kongo e.V. Verein zur Förderung der Infrastruktur in der demokratischen Republik Kongo



Kronkorken-Sammlung

VFL für die Finanzierung und Förderung des Ngenyi-Zentrums in Tshibombo

Helfen Sie beim Aufbau!

- mit Spenden
- mit Vorschlägen
- mit aktiver Mitarbeit

Kontakt:
 Renate Mast: Renate-Mast@gmx.de
 Annette Straif: a_straif@gmx.de
www.vfi-kongo.org

Sammel-Stellen:
 Tel. A. Straif, J. Osimilich
 02365/3837737

Seit der Fußball-WM 2014 haben wir begonnen, Kronkorken zu sammeln. Erst nur in Marl, dann im Kreis Recklinghausen. Mittlerweile bundesweit. In Kiosken, dem ABZ Stuttgart und Gelsenkirchen, auf Feiern und Festen. Sehr aktiv sind unsere Nachbarn, Kollegen und einige Kumpels von der Zeche Auguste Victoria. Eine Nachbarin fragte uns „was machen denn die Leute im Kongo mit so vielen Kronkorken und wie bringt ihr die dahin?“

Die Kronkorken bleiben in Deutschland und werden an einen Wertstoffhändler verkauft. Mit dem Erlös ist geplant, die Instandhaltung der Solaranlage des Ngenyi-Zentrums zu gewährleisten. Die vier LKW-Batterien zur Stromspeicherung müssen alle 3 bis 4 Jahre ersetzt werden. Dafür sammeln wir Kronkorken. Viele Leute, die kein Geld spenden können oder wollen, sammeln ihre Kronkorken und liefern sie bei uns ab. Mal 8 Stück, mal 5 kg. Inzwischen sind fast 200 kg zusammengekommen. Das reicht aber noch lange nicht, wir brauchen eine Tonne! Das ist eine prima Möglichkeit, das Projekt im Kongo breit bekannt zu machen und gleichzeitig die Hilfe zur Selbsthilfe zu unterstützen.

(Annette Straif, VFI-Kongo)

Unser Flyer ist überarbeitet und kann ab sofort kostenlos bezogen werden.

Fördern Sie den Aufbau des Ngenyi*-Zentrums

*Ngenyi ist Tshiluba und heißt: Wissen



VFI Kongo e.V.
 Verein zur Förderung der Infrastruktur in der Demokratischen Republik Kongo



Bestellungen bei:
SI-Büro, Grabenstr. 89, 47057 Duisburg (Tel. usw. siehe letzte Seite) oder bei Renate Mast per Email: renate-mast@gmx.de

Der VFI Kongo - Verein zur Förderung der Infrastruktur in der DR Kongo e.V. - hat sich zum Ziel gesetzt, Projekte zu unterstützen, die den selbständigen Aufbau des Landes voranbringen. Unser erstes Projekt: der Aufbau des Volksbildungs-Zentrums Ngenyi. Ngenyi ist Tshiluba und heißt übersetzt: Wissen.

Das Zentrum entsteht in Tshibombo in unmittelbarer Nähe zur Diamanten-Bergbaustadt Mbuji-Mayi. Wir fördern den Aufbau mit Spendensammlung, Gewinnung von Förderern und direkter praktischer Unterstützung. Der VFI Kongo ist Mitglied bei SI.

Im Juni machten unser Partner vom Ngenyi-Verein im Kongo vor Ort wichtige Schritte zur Eigenfinanzierung und zum Schutz: Mit der Anschaffung eines stabilen „Moto“ sorgen sie für kontinuierliche Einkünfte: Es wird als Taxi eingesetzt. Und kann gleichzeitig für den Transport genutzt werden. Über die Taxi-Einkünfte wird ein Nachwächter zum Schutz der Gebäude von Ngenyi vor Diebstahl finanziert.



Josef vom Ngenyi-Verein aus Tshibombo (links im Bild) mit seinem Motorrad-Fahrlehrer.

Im Juli setzten sie dann den „PAUL“, ein Gerät zur Wasserreinigung, in Betrieb. Er war schon vor einem Jahr gut in Tshibombo angekommen und sicher untergebracht. Er konnte aber nicht sofort in Betrieb gesetzt werden, weil es in der Gegend immer wieder Diebstähle gab und die kongolesischen Freunde dort kein Risiko eingehen wollten, dass der wertvolle PAUL womöglich auch geklaut wird.

Jetzt können sie mit einem kontinuierlichen Nachwächter (s.o.) das Grundstück besser schützen und haben den PAUL im Haus in Betrieb gesetzt. Die Bewohner sind ganz begeistert, weil sie jetzt gutes Trinkwasser herstellen können. Bisher hatte das Wasser aus dem Bach vor Ort vor allem bei kleinen Kindern verschiedentlich zu Erkrankungen geführt.



PAUL in Aktion.

„Öffnet die Grenzen

– Kobanê muss leben – für einen humanitären Korridor“
<https://www.openpetition.de/petition/online/oeffnet-die-grenze-Kobanê-muss-leben>

Internationale Unterstützung des Kampfes gegen den sog. Islamischen Staat (IS) von zentraler Bedeutung - auch für die kurdischen, türkischen und arabischen lesbische, schwule, bi-, trans-, intersexuelle und transgender Menschen!



In diesem Jahr ist die Polizei in Istanbul mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen gegen den „Marsch des Stolzes“, dem Gay Pride, vorgegangen. Dabei hatte sich dieser mit über 150.000

Kobanê, eine Stadt im kurdischen Teil von Nordsyrien an der Grenze zur Türkei, ist zum **internationalen Symbol des unbeugsamen Widerstands gegen den IS** und des Kampfes für Demokratie und Freiheit geworden.



Teilnehmer_innen in 2014 zum **weltweit größten Christopher Street Day in einem überwiegend islamischen Land** entwickelt. Gay Pride-Wochen und Paraden in Izmir, Ankara, Antalya, Malatya oder in Iskenderun an der syrischen Grenze haben eine erstaunliche Aufbruchsstimmung emanzipatorischer Bestrebungen in der Türkei gezeigt. Die aus der kurdischen Bevölkerung hervorgegangene Partei „HDP“ (demokratische Partei der Völker) hat sich inzwischen der Verteidigung der Menschenrechte und der Gleichberechtigung von Frauen und Minderheitengruppen verschrieben, eingeschlossen LSBTTIQ-Menschen.

Kurdischen Verteidigungseinheiten ist es unter größten Opfern gelungen, den IS dort zu vertreiben. Aber 80 % von Kobanê sind zerstört. Krankenhäuser, Strom- und Wasserversorgung sind vernichtet. Für den Wiederaufbau und die Rückkehr der Masse der Flüchtlinge, die unter erbärmlichen Lagerbedingungen hinter der türkischen Stacheldraht-Grenze hausen, ist ein humanitärer Korridor unbedingt notwendig und auch nach UNO- und Völkerrecht zu garantieren. Die türkische Regierung unter Erdogan verweigert diesen Korridor und paktiert weiter mit dem IS gegen den kurdischen Freiheitskampf. Auch Bundesregierung und EU lassen bisher jede Initiative und Verantwortung für diesen humanitären Korridor vermissen. Deutsche Waffenexporte gelangen weiter über Katar und die Türkei an den IS. Wir bitten Sie / Dich um Ihre / Deine Unterstützung der Petition **„Öffnet die Grenzen – Kobanê muss leben - für einen humanitären Korridor!“**. Wenn wir es ernst meinen, dass nicht weitere Tausende von Menschen aus Not zu Flüchtlingen werden, dann können wir hier ein Zeichen setzen und wirkliche internationale Solidarität praktizieren. Wir bitten um Weiterverbreitung dieses Anliegens auch über den CSD Stuttgart 2015 hinaus und bedanken uns jetzt schon für jede Hilfe und Unterstützung!

Ein wichtiges Thema dabei ist die Empörung über sog. **„Ehrenmorde“** in der gesamten Türkei sowie **Hinrichtungen von homosexuellen Männern durch den IS** in Syrien und im Irak. Unter den Tausenden von Flüchtlingen aus diesen Ländern, die vor dem Terror des IS geflohen sind, sind auch viele LSBTTIQ-Menschen. Deren Lebenssituation und Emanzipationskampf im gesamten Mittleren und Nahen Osten ist untrennbar damit verbunden, ob die Völker mit dieser größten Bedrohung aller fortschrittlich-emanzipatorischen Bewegungen, dem IS, fertig werden. Hierfür bedarf es der breitesten internationalen Unterstützung und sind wir alle gefrag!

Petition: „Öffnet die Grenzen – Kobanê muss leben – für einen humanitären Korridor“

Für einen humanitären Korridor nach Rojava – vorrangig für den Wiederaufbau von Kobanê!

Nach dem internationalen humanitären Völkerrecht fordern wir von allen Verantwortlichen, einen humanitären Korridor nach Rojava / Syrien – insbesondere zum Wiederaufbau von Kobanê – zu gewährleisten. Wir fordern die türkische Regierung eindringlich auf: öffnen Sie die Grenze nach Kobanê dauerhaft! Schützen sie Hilfslieferungen sowie die Ein- und Ausreise von Aufbauhelferinnen und Aufbauhelfern über einen humanitären Korridor! Nicht nur für den Wiederaufbau von Kobanê, auch in alle umkämpften und gefährdeten Gebiete Rojavas muss die humanitäre Hilfe ungehindert fließen können.

Begründung und Erstunterzeichner der Petition siehe:

<https://www.openpetition.de/petition/online/oeffnet-die-grenze-Kobanê-muss-leben>

Ausgefüllte Unterschriftsbögen können in der Weissenburg, Weißenburgstraße 28a, 70180 Stuttgart abgegeben werden.



Anklage wegen des sog. „Ehren“-mordes an Ahmet Yildiz 2008 (l.) und Gay Pride 2014 (r.) in Istanbul
(Bilder Gay Pride Istanbul 2014 siehe

<http://gruss-vom-bosporus.berliner-zeitung.de/2014/06/30/pride-parade-in-istanbul/>)

Bundesweite Initiative „Medizin für Rojava“

Helfen Sie mit:

200.000 Euro Spendensammlung für ein Gesundheitszentrum in Kobanê/Rojava!



Derzeit baut die syrisch-kurdische Bevölkerung in Rojava/Nord-syrien ein neues Gemeinwesen auf. Es ist Vorbild für den ganzen Nahen Osten. Kurden, Araber und andere Völker leben gleichberechtigt und friedlich miteinander. Es gelten Religionsfreiheit und gleiche Rechte für Frauen und Männer. Rojava ist gegenwärtig weltweit ein Brennpunkt des Kampfes für Demokratie und Freiheit - und deshalb im Visier der barbarischen Terroristen des „Islamischen Staats“ (IS). Trotz militärtechnischer Unterlegenheit haben die syrisch-kurdischen Selbstverteidigungseinheiten den Angriffen getrotzt und große Gebiete Rojawas vom IS befreit. Die Stadt Kobanê wurde zum Symbol dieses Freiheitskampfes.

Diese Stadt, diese Region und diese Menschen brauchen unsere Solidarität.

Die Gesundheitseinrichtungen in Kobanê sind durch die Angriffe des IS fast völlig zerstört. Hinzu kommt die verschärfte Blockadepolitik der türkischen Regierung gegenüber Hilfslieferungen. Zusammen mit vielen anderen Organisationen fordern wir von der Türkei die Einrichtung eines humanitären Korridors, damit endlich Hilfsgüter nach Kobanê/Rojava geliefert werden und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können. Unterschreiben auch Sie die Petition „Öffnet die Grenze – Kobanê muss leben!“ (<https://www.openpetition.de/petition/online/oeffnet-die-grenze-kobanê-muss-leben>).

Wir sind inzwischen über 100 Ärzte, Apotheker, Beschäftigte und Studierende des Gesundheitswesens und eine Arbeitsgruppe der Hilfsorganisation „Solidarität International e.V.“. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, die Einrichtung eines Gesundheitszentrums in Kobanê zu übernehmen, um die Basisversorgung der dort lebenden Menschen sicherzustellen. Bereits in kurzer Zeit wurden zahlreiche wertvolle medizinische Geräte, Hilfsgüter und

Geld gesammelt. Der Bau des Gesundheitszentrums ist bereits in vollem Gange. Internationale Brigaden und die örtliche Bevölkerung arbeiten dabei Hand in Hand. Der Bau ist ein wichtiges Signal für eine Rückkehr der geflüchteten Menschen in ihre Stadt. Gebraucht werden hierfür noch medizinische Geräte, vor allem aber Geldspenden. **Unser Spendenziel: 200.000 Euro.**

Ihre Spende erbitten wir auf das Konto von
„Solidarität International e.V.“:

IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84

BIC: FFVB DEFF (Frankfurter Volksbank)

Stichwort: **„Medizin für Rojava“**

Bei Angabe des Namens und der Adresse gehen Ihnen Spendenbescheinigungen für 2015 zu. Ihre Spenden werden **ausschließlich zum Aufbau des Gesundheitszentrums in Kobanê** eingesetzt!

Dr. Shvan Al-Hussein, Hertent

Dr. Dersim Dagdeviren, Gelsenkirchen

Dr. Luise Finkler-Bahr, Gelsenkirchen

PT Christoph Klug, Recklinghausen

Dr. Willi Mast, Gelsenkirchen

(Im Namen von inzwischen über 100 Aktivisten und Unterstützern unserer Spendenaktion)

Kontakt

Ansprechpartner für die Initiative und für Spenden von medizinischem Gerät:

Dr. Willi Mast, Schulz-Briesen-Str. 3, 45884 Gelsenkirchen

Tel.: 0209 – 134228, Privat: 0209 – 139848, willi-mast@arcor.de

Kobanê-Aktion während des CSD in Stuttgart

Liebes Kobanê-Solikomitee,

wir konnten 88 handschriftliche Unterschriften für die Petition „Öffnet die Grenzen - Kobanê muss leben“ während des CSD Stuttgart mit unseren Flyern und Unterschriftenbögen sammeln sowie 15 für mich identifizierbare Online-Unterschriften aus Stuttgart, Tübingen und Reutlingen erzielen. Die Petition wurde bei der Veranstaltung im Haus der Geschichte „Der Liebe wegen verfolgt“ vorgestellt, wo es in erster Linie um Verfolgungen während der NS- und Nachkriegszeit, aber auch um Verfolgungen heute in einigen Ländern dieser Erde ging. Bei einer Veranstaltung am Dienstag mit der Türkischen Gemeinde in der Weissenburg fand der Flyer ebenso Beachtung und führte zu angeregten Diskussionen. Da der Text relativ lang ist, haben auch viele beim CSD-Wochenende gesagt, dass sie den Text erst noch durchlesen müssen. Mit weiteren Unterschriften ist also noch zu rechnen.

**Viel Erfolg bei Eurer weiteren Arbeit,
Liebe Grüße von Ralf**

Humanitärer Korridor JETZT bevor noch mehr Kinder ertrinken!

Dr. Willi Mast, ein Sprecher der Ärzteinitiative „Medizin für Kobanê/Rojava“ und die Initiatoren der online-Petition „Öffnet die Grenze – Kobanê muss leben!“ klagen die türkische Regierung an, am Tod des kleinen Aylan Kurdi mitschuldig zu sein. Sie rufen auf, mit dieser Petition den Druck zu verstärken.

Fritz Hofmann, Opel-Betriebsrat und Stadtrat in Eisenach, hat die Petition gestartet. Er ist empört: „Die türkische Regierung verweigert aus rein machtpolitischen Motiven einen humanitären Korridor für den Wiederaufbau der Stadt Kobanê, aus der die Familie Kurdi fliehen musste. Auch von Frau Merkel vermisse ich hier ein klares Wort. Die Menschen brauchen eine lebenswerte Perspektive in ihrer Heimat, sonst nimmt der Zwang zur Flucht weiter zu!“

Die kurdischen Selbstverteidigungskräfte hatten Anfang des Jahres Kobanê von den Terroristen des IS („islamischer Staat“) befreit. Aber die Stadt ist zu 80 Prozent zerstört, so dass viele Flüchtlinge nicht zurück können. Die türkische Regierung hat den IS unterstützt, sie boykottiert weiterhin den Wiederaufbau von Kobanê und riegelt die Grenze mit Stacheldraht und Wachtürmen ab.

Dr. Willi Mast aus Gelsenkirchen hat mit seinen Kollegen bereits Medikamente und medizinische Geräte im Wert von etwa 50.000 EUR für das ICOR-Gesundheitszentrum in Kobanê gesammelt: „Es ist ein Skandal, dass die türkische Erdogan-Regierung den Helfern sowie medizinischen und humanitären Hilfsgütern die

Einreise nach Kobanê verweigert. Verderbliche Medikamente stehen teilweise wochenlang in der Hitze an der Grenze. Wir unterstützen deshalb die Petition „Öffnet die Grenze – Kobanê muss leben!“

Die Petition wird von namhaften Persönlichkeiten unterstützt (1) und hat bereits etwa 20.000 Unterschriften. Fritz Hofmann und Dr. Willi Mast appellieren jetzt an die Öffentlichkeit: „Das Sterben im Mittelmeer und auf dem brutalen Landweg muss aufhören! Helfen Sie mit, die Zahl der Unterschriften zu vervielfachen!“ Die Petition findet man im Internet unter www.openpetition.de. Erstunterzeichner sind u.a.: Jean Ziegler, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsausschusses, Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, der Linguistik-Professor und Philosoph Noam Chomsky aus Boston (USA), der Völkerrechtler Professor Norman Paech, die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (LINKE), Schauspieler Rolf Becker, Professor Elmar Altvater, der Vorstand der Internationalen Liga für Menschenrechte, Stefan Engel, Hauptkoordinator der revolutionären Weltorganisation ICOR, Professor Frank Deppe, Fred Schirmacher, Sprecher der bundesweiten Montagsdemo, die Professoren Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug, Musiker Max Herre, Yilmaz Kaba, Vorstandsmitglied der Ezidischen Vereine e.V. und der Europa-Abgeordnete Fabio de Masi (LINKE).

Für Rückfragen stehen wir unter den oben genannten Telefonnummern oder auch per E-Mail jederzeit gern zur Verfügung: hofmann-fritz@t-online.de bzw. willi-mast@arcor.de

Protestaktion vor der türkischen Botschaft ein Jahr nach dem Überfall des IS auf Kobanê

Am 15. September 2014 begann der Angriff der faschistischen IS-Banden auf die Stadt Kobanê, das Herz der kurdischen Selbstverwaltungsgebiete im Norden Syriens. Am Jahrestag dieses Überfalls findet vor der türkischen Botschaft in Berlin eine Protestkundgebung statt.

Initiator ist Fritz Hofmann, der auch die online-Petition „Öffnet die Grenzen – Kobanê muss leben!“ gestartet hat, zusammen mit der Kobanê-Solidaritätsbewegung in Berlin. Worum geht es? Seit Beginn der Kämpfe um Kobanê fordert die Weltöffentlichkeit von der Türkei die Errichtung eines humanitären Korridors. Zunächst ging es um Fluchtmöglichkeiten aus Kobanê und um die Verteidigung der Stadt. Als dann im Januar 2015 die Stadt sich selbst von der Umklammerung durch den IS befreit hatte, rückte die Notwendigkeit des Wiederaufbaus in den Vordergrund. Zehntausende Bewohner der zu 80 Prozent zerstörten Stadt lebten in Flüchtlingslagern auf der Türkischen Seite der Grenze. Deshalb wurde die Forderung nach einem humanitären Korridor nun noch verstärkt erhoben. Im Mai 2015 startete in Deutschland die online-Petition „Öffnet die Grenze – Kobanê muss leben!“ mit dem Ziel von 10.000 Unterschriften innerhalb eines halben Jahres. Wie ist die Lage heute, ein Jahr nach dem Überfall? Die Türkei behindert immer noch den Wiederaufbau und die humanitäre Hilfe

für Kobanê. Lastwagen mit Hilfsgütern und Medikamenten werden wochenlang an der Grenze aufgehalten so dass Medikamente in der Hitze verderben. Statt dem internationalen humanitären Völkerrecht zu folgen und Hilfe zu ermöglichen bombardiert die türkische Armee sogar noch die Befreiungskräfte der Kurden. Bekanntlich sind die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten die einzige Kraft, die bisher dem IS wirksam Parolli geboten hat. Ohne ihren Einsatz wären auch Tausende Jeziden im Nordirak abgeschlachtet worden. Deshalb wächst die Kritik an der türkischen Regierung. In weniger als vier Monaten kamen bereits über 20.000 Unterschriften für den humanitären Korridor aus der Türkei für den Wiederaufbau von Kobanê zusammen, das doppelte des ursprünglichen Ziels. Um den Druck weiter zu erhöhen, wird am 15. September um 17 Uhr eine Kundgebung vor der türkischen Botschaft in Berlin in der Tiergartenstraße 19-21 durchgeführt und die ersten 20.000 Unterschriften an die Botschaft übergeben. Fritz Hofmann: „Die demokratische Öffentlichkeit ist herzlich eingeladen, sich mit dem Befreiungskampf und Wiederaufbau von Kobanê solidarisch zu zeigen.“

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung: Fritz Hofmann, Tel. 0162-8657467, Mail: hofmann-fritz@t-online.de

Leserbrief an die „Meinerzhagener Zeitung“ zum kurdischen Kulturfestival

Die Kurden nicht fernhalten, sondern unterstützen und mit ihnen feiern!

Meinerzhagen soll die Ehre haben, am 5. September Gastgeber des bundesweiten Kultur-Festivals der Kurden zu werden, das deren Dachverband NAV DEM in Deutschland jährlich organisiert. Aber bisher wird dem Veranstalter vom Kreis die Genehmigung verwehrt.

Die Kurden sind das Volk, das derzeit am entschlossensten der faschistischen Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien und dem Irak entgegentritt. So haben sie die Stadt Kobanê in Nordsyrien in einem Gefecht von 134 Tagen gegen den angeblich unbesiegbaren IS wieder frei gekämpft. Das schwächt nicht nur die IS-Terrortruppe, die tausende auf die Flucht treibt, sondern schafft auch die Möglichkeit, dass Flüchtlinge wieder in ihre befreite Heimat zurückkehren können. Im dortigen Rojava-Gebiet bauen die Kurden eine Gesellschaft auf, in der verschiedene Nationalitäten oder auch Frau und Mann gleichberechtigt zusammenleben können. Das beseitigt Fluchtgründe.

In dieser Situation wird den Kurden die Durchführung ihres Festivals in unserer Stadt verwehrt. Begründung: für 20.000 Gäste gäbe es beim Meinerzhagener Flugplatz zu wenig Parkplätze, Fluchtwege und es falle viel Müll an. Sicher ist eine solche Veranstaltung eine Herausforderung. Aber warum setzen Kreis und Stadt nicht alles daran, für diese Probleme Lösungen zu finden? (z.B. Anreise mit Bussen statt mit PKW's) Haben das nicht andere Städte bei den bisherigen 22 derartigen Kulturfestivals geschafft? NAV DEM sucht ausdrücklich die Zusammenarbeit mit den Meinerzhagenern und Anwohnern, um die Voraussetzungen für diese Veranstaltung zu schaffen (und gemeinsam zu feiern). Herr Zacharias, sie schreiben in Ihrem MZ-Kommentar vom 22.8.: „Die Volmestädter sind weltoffen und heißen ihre Gäste willkommen - doch sie sind eben auch Realisten.“ Realisten bedenken aber mehr als Müll und Parkplätze, gerade in Tagen wie diesen, in denen die Bilder von Nazi-Krawallen vor einer Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Heidenau in die Welt gehen.

Albert Schmit

Aufhebung der Isolationshaft von 7 politischen Gefangenen in der BRD!

Seit dem 15. April sitzen sieben weitere revolutionäre politische Gefangene in der BRD (alle 7 sind in Bayern inhaftiert) in U-Haft, aufgrund der Haftbefehle der Bundesanwaltschaft. Den Inhaftierten wird nach dem § 129 a und b „Bildung einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ vorgeworfen. Sie sind Revolutionäre und Aktivist*innen von ATIK (Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa), einer der ältesten basisdemokratischen und linken Organisationen der Arbeitsimmigrant*innen in Europa.

Die Namen der Gefangenen sind: **Müslüm Elma** (Asylberechtigter, inhaftiert in Kemten), **Erhan Aktürk** (inhaftiert in Nürnberg), **Banu Büyükcavci** (Psychologin, inhaftiert in München), **Sinan Aydin** (Arzt, inhaftiert in Kaisheim), **Haydar Bern** (Rentner, inhaftiert in München), **S. Ali Ugur** (Asylberechtigter, inhaftiert in Augsburg), **Musa Demir** (Arbeitsimmigrant in Österreich, inhaftiert in Landshut).

MÜSLÜM ELMA saß wegen seiner politischen Tätigkeiten 22 Jahre in allen berüchtigten türkischen Folterknästen (wie z.B. Diyarbakir und Metris-Istanbul). Er wurde damals den schlimmsten körperlichen und seelischen Foltermethoden mehrmals und monatelang ausgesetzt. Unter solchen brutalsten Foltermethoden konnte jedoch sein Widerstand nie gebrochen werden. Seine Peiniger haben dadurch jedes Mal eine Niederlage nach der anderen erfahren. Deshalb genießt er heute noch ein hohes Ansehen unter vielen türkischen und kurdischen linken Organisationen.

Müslüm Elma und S. Ali Ugur beteiligten sich bei vielen Kämpfen als politischer Gefangener durch Hungerstreiks oder Todesfasten gegen menschenunwürdige Haftbedingungen und Folter in den türkischen Gefängnissen. Beide wurden aufgrund einer lebens-

gefährlichen Erkrankung (Wernicke-Korsakow-Syndrom: Gehirn und Gedächtnisstörung) 2001 frühzeitig aus der Haft entlassen und sie flüchteten nach Deutschland und wurden hier als politisch Verfolgte anerkannt

Alle sieben Verhafteten sind dem totalen Freiheitsentzug ausgesetzt, wobei sie 23 Stunden völlig isoliert sind und täglich nur eine Stunde ganz alleine Hofgang begehen dürfen. Sie haben keinen Kontakt zu Ihren Mitmenschen außer von Ihren Aufsehern. Aufgrund der mangelnden Deutschkenntnisse können sich einige weder ausreichend artikulieren geschweige denn mit anderen kommunizieren. Einige von Ihnen brauchen sogar dringend medizinische Hilfe wegen lebensbedrohlicher Krankheiten.

Solche Isolationshaftbedingungen gegen Inhaftierte haben auch in der BRD keine eindeutige Rechtsgrundlage noch sind sie Verfassungskonform. Die Inhaftierung der Angeklagten unter solchen totalen Isolationsbedingungen wird international geächtet, zu Recht seit Jahren von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert und als Psycho-Foltermethode angeprangert. Außerdem ist es, immer noch ein internationales Rechtsmaßstab, dass alle Angeklagten vorerst als unschuldig betrachtet und dem entsprechend behandelt werden müssen.

Wir fordern deshalb von der Bundesanwaltschaft die sofortige Aufhebung der unmenschlichen Isolationshaftbedingungen von diesen sieben Personen und die notwendige medizinische Versorgung von allen gesundheitlich angeschlagenen Gefangenen. Wir fordern die internationale Öffentlichkeit auf, den politischen Druck für die Abschaffung der Isolationshaft gemeinsam und solidarisch zu erhöhen.

Isolationshaft ist Psycho-Folter, Isolationshaft ist Mord! Aufhebung/Abschaffung der Isolationshaft jetzt sofort!

Unbefristeter STREIK beim US-Autokonzern General Motors von Brasilien: Solidaritätserklärungen sind dringend nötig!

Nein zur Entlassungswelle, die seit dem 8. August 2015 weiter wächst!

Stoppt die bereits angekündigten 798 Entlassungen und die Kriminalisierung der GM-AutomobilarbeiterInnen in São Paulo, Brasilien!

Sofortige Wiedereinstellung der ArbeiterInnen und bessere Arbeitsbedingungen im GM-Betrieb!

Der US-Autokonzern General Motors hat am Samstag, dem 8. August 2015 für seinen Betrieb in der Stadt São José, im Bundesstaat São Paulo, Massenentlassungen angekündigt. Diese Entlassungswelle in São José findet ein Monat nach den 500 Entlassungen im GM-Betrieb von São Caetano statt. Parallel dazu kündigte auch Mercedes Benz an, dass Massenentlassungen in São Bernardo seit 1. September durchgeführt werden.

Der US-Autohersteller General Motors behauptet, er habe wenigstens 2 Tausend „überflüssige“ ArbeiterInnen zu entlassen. Die Metallarbeitergewerkschaft von São José / CSP-Conlutas erklärt hingegen, dass die AutomobilarbeiterInnen ihre Arbeitsplätze nicht verlieren wollen und dass es unbedingt notwendig ist, alle Mobilisierungen gegen diese Massenentlassung mit angespannter Eifer zu vereinigen. Dies ist ein Arbeitskampf der ganzen Arbeiterklasse Brasiliens.

Der US-Autokonzern General Motors hat seit Samstag, dem 8. August, 798 Entlassungen durchgeführt. Diese Anzahl entspricht bereits 10% der Belegschaft des GM-Betriebs von São José. Dies ist die Anzahl der GM-ArbeiterInnen, die bis jetzt zur Rechtsabteilung der Gewerkschaft gekommen sind, um ihre Entlassungen zu melden, die per Telegramm, Telefonanruf bzw. WhatsApp erfolgten. General Motors begann diese Entlassungswelle am Vorabend des brasilianischen Vaternatages vom 9. August durch Sendung von Telegrammen an die Wohnungen der ArbeiterInnen zu starten!

Gleich nach der Entlassungsankündigungen hat die Metallarbeitergewerkschaft von São José / CSP-Conlutas am denselben Tag eine Versammlung der Entlassenen einberufen. Mit den Telegrammen in den Händen und großer Bestürzung haben die entlassenen AutomobilarbeiterInnen den Hauptsaal der Gewerkschaft überfüllt und zeigten ihre Entrüstung gegenüber der Entscheidung des US-Autokonzerns GM. Auch wenn es Vaternatag war, haben diese Menschen nichts zu feiern: Unter denen war die überwiegende Mehrheit Familienväter mit mehr als zehn Jahre Arbeitzeit bei GM.

Viele von ihnen sind älter als 40 Jahre und haben wenig Chancen in irgendwelchem Autokonzern wieder zu arbeiten. Am Dienstag, dem 11. August hat GM begonnen, Entlassungen per Telefon und sogar per WhatsApp durchzuführen. Dies war ein erdrückender Beweis für den totalen Mangel von Respekt seitens General Motors gegenüber den MitarbeiterInnen. Die Anzahl von 798 Entlassungen ist wahrscheinlich immer noch nicht endgültig, weil immer weitere ArbeiterInnen jeden Tag mit ihren Entlassungsbotschaften unsere Gewerkschaft aufsuchen, um politischen und rechtlichen Schutz zu erhalten. Der US-Autokonzern hat entschieden, keine Information über die Gesamtanzahl der zu entlassenden ArbeiterInnen zu geben. Er hat aber eine Klage zur Lösung des Arbeitskampfes vor dem 15. Oberlandesgericht in der Stadt Campinas, im Bundesstaat São Paulo eingeleitet.

Heute, Montag, der 17.08., wird um 13 Uhr 30 ein Gütetermin vor dem 15. Oberlandesgericht in Campinas stattfinden. Eine zahlreiche Gruppe von entlassenen ArbeiterInnen ist bereit bei dieser Gerichtsverhandlung anwesend zu sein. Es weist alles darauf hin, dass General Motors eine kolossale Massenentlassung plant, ohne irgendwelchen Dialog mit der gewerkschaftlichen Vertretung der AutomobilarbeiterInnen zu führen. Deshalb verlangen wir die sofortige Eröffnung von Arbeitsverhandlungen.

STREIK BEIM GENERAL MOTORS VON BRASILIEN

Am 10.08. begann den Streik bei General Motors von São José, im Bundesstaat São Paulo, dem bedeutendsten Produktionszentrum Brasiliens. An der Streikversammlung nahmen auch die Verwandten der entlassenen ArbeiterInnen teil. Einige von ihnen redeten auf dem Demonstrationswagen der Gewerkschaft und verlagten die Wiedereinstellung ihrer Familienmitglieder.

Am Ende der Streikversammlung wurde entschieden, dass eine Demonstration am 14. August um 8 Uhr vor den Toren des GM-Autokonzerns stattfinden sollte. Alle Gewerkschaftsdachverbände Brasiliens wurden zu dieser Demonstration eingeladen, damit dieser kämpferischen Aktivität zum Schutz der Arbeitsplätze in Brasilien einen bundesweiten Charakter verlieht werden sollte.

UNBEFRISTETER STREIK BEIM GM BRASILIEN

Heute sind bereits 7 Streiktage verflossen, in denen kämpferisch verlangt wird, dass der GM-Konzern neue Tarifverhandlungen eröffnet, damit die Entlassungen gestrichen, Stabilität am Arbeitsplatz und Reduzierung der Arbeitszeit gewährleistet werden. General Motors bedingt aber die Eröffnung sofortiger Verhandlungen der Annahme aller seit dem 8. August durchgeführten Entlassungen durch die Metallarbeitergewerkschaft / CSP-Conlutas, was total unakzeptabel ist.

Sowohl die Unzufriedenheit als auch die kämpferische Solidarität aller ArbeiterInnen des GM-Betriebs von São José führt dazu, dass dieser Streik gegen die Massenentlassungen bereits der stärkste der letzten Jahre geworden ist. Er dauert schon eine Woche und wird von verschiedenen Gewerkschaftsdachverbänden und Sozialbewegungen von Brasilien unterstützt. Die ArbeiterInnen des GM-Betriebs haben für die Fortsetzung des Streikes gegen die Massenentlassungen in ihrer letzten Streikversammlung abgestimmt. Es handelt sich um einen unbefristeten Streik, bis der US-Autokonzern GM die Entlassungen streicht und eine Verhandlungsrunde zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eröffnet. Nur die Einheit im Kampf kann einen Sieg gegen die Massenentlassungen des US-Autokonzerns erzielen.

Antônio Macapá, Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft von São José / CSP-Conlutas, erklärt: „Es handelt sich um die stärkste Streikbewegung mit totaler Lahmlegung der Produktionstätigkeiten der letzten 16 Jahre. Es gibt zurzeit eine solide Solidaritätskette und viel Aufruhr, denn der US-Autokonzern GM hat diese Entlassungen vermittels einer feigen und verabscheuungswürdigen Taktik durchgeführt. Aber die ArbeiterInnen leisten starken Widerstand und zeigen, dass nur der Kampf und der Streik diesen Massenentlassungen siegreich entgegenzutreten können.“

Die Hauptforderungen sind:

- 1) Streichung der 798 Entlassungen;
- 2) Reduzierung der täglichen Arbeitszeit, um Arbeitsplätze sicherzustellen;
- 3) Verstaatlichung des Autokonzerns, falls es darauf besteht, MitarbeiterInnen eigenmächtig zu entlassen, und Verbot von Rückführung von Gewinn und Kapital.

UNSERE FORDERUNGEN GEGENÜBER DEN STAATSREGIERUNGEN

In diesem Arbeitskampf verlangen die ArbeiterInnen São José von der Bundesregierung Dilma Rousseffs eine endgültige Lösung für die Arbeitslosigkeit, die in ganzem Land als Ergebnis ihrer Wirtschaftspolitik zunimmt. Die Bundesregierung Brasiliens rettet die Konzerne in verschiedenen Formen. Wir verlangen aber die Rettung von Arbeitsplätzen!

Die Bundesregierung muss Arbeitsplätze für alle sicherstellen. Demgemäß verlangt die Metallarbeitergewerkschaft die sofortige Eröffnung von Verhandlungen sowie setzt die Bundesregierung unter Druck, damit sie dringende Maßnahme trifft, um all diese Entlassungen als gegenstandslos zu erklären.

Vor allem das brasilianische Programm zum Schutz des Arbeitsplatzes (Programa de Proteção ao Emprego: PPE), das Löhne und Gehälter reduziert, ist hart zu kritisieren, denn es verhindert überhaupt nicht, dass Entlassungen durchgeführt werden. In der Praxis schützt es nur die Konzerne, Mittel- und Kleinunternehmen. Die Bundespräsidentin muss eine Verordnung verkünden, in der die Arbeitsplätze aller brasilianischen ArbeiterInnen sichergestellt werden.

Wir verlangen noch dazu die Kürzung der Arbeitszeit auf 36 Stunden pro Woche ohne Reduzierung von Löhnen und Gehältern sowie das Verbot der Gewinnrückführung ins Ausland und die Verstaatlichung der Konzerne, die Entlassungen durchführen. Am 11. August traf sich die Metallarbeitergewerkschaft mit José Luiz Ribeiro, dem Sekretär des Bundesstaates São Paulo für Arbeit und Arbeitsverhältnisse und verlangte eine sofortige Staatsintervention der Landesregierung gegen die Massenentlassungen von GM und zugunsten neuer Investitionen im GM-Betrieb von São José.

Am 2. August fand eine Sitzung zwischen der Metallarbeitergewerkschaft, einer Kommission entlassener ArbeiterInnen und Carlinhos Almeida, dem Oberbürgermeister São José statt. Hierbei verlangten die ArbeiterInnen konkrete Maßnahmen gegen die Massenentlassungen des GM. Denn die Entlassungswelle wird jetzt trotz aller von der brasilianischen Bundesregierung gewährten Steuersubventionen vorangetrieben. Deshalb ist eine koordinierte Staatsintervention der Bundes-, Landes-, und Gemeinderegierungen unbedingt notwendig.

AN DER DEMONSTRATION VOM 14. AUGUST NEHMEN MEHR ALS ZWEITAUSEND MENSCHEN IN SÃO JOSÉ TEIL

Am 14. August haben mehr als zwei Tausend Menschen an einer von der Metallarbeitergewerkschaft veranstalteten Demonstration in São José zum Schutz der Arbeitsplätze im US-Autokonzern General Motors teilgenommen. Dieser Protest prägte den fünften Tag des Streiks in General Motors in São José im Kampf für die sofortige Eröffnung von Verhandlungen zur Streichung der am 8. August begonnenen Entlassungswelle. Während des Protestes haben die Demonstranten für 30 Minuten die Autobahn Presidente Dutra zwischen den 145 und 146 Kilometern in Richtung Rio de Janeiro - São Paulo, in São José, besetzt. Autos, Bussen und LKW hupten auf der gegenüberliegenden Spurseite in Unterstützung des Kampfes der ArbeiterInnen des GM. Ein Stau von 3 Kilometern ist entstanden.

Der Protest fing um 8 Uhr beim Parkplatz des GM an und erreichte das Stadtviertel Jardim Paulista, nachdem circa 7 Kilometer zurückgelegt wurden. Unter den TeilnehmerInnen befanden sich viele Verwandten der entlassenen GM-ArbeiterInnen. Frauen und Kinder marschierten bis zum Ende der Demo mit Transparenten, die forderten: „Unsere Familien können nicht für die Habgier des General Motors bezahlen! Nein zu den Entlassungen!“

Die Politik der Bundesregierung Dilma hinsichtlich der Wirtschaftskrise in Brasilien war die Zielscheibe der Kritiken der Demonstranten. Eine der bedeutendsten Lösungen war: „Hey Dilma, was für eine Schande! Den Unternehmern gibst du Geld und den Arbeitern nur Entlassungen!“ in Anspielung auf die Milliarden US-Dollar, die dem GM als Steuersubventionen gewährleistet wurden.

UNTERSTÜTZUNGEN FÜR DEN UNBEFRISTETEN STREIK

Außer den Verwandten der entlassenen GM-AutomobilarbeiterInnen wird der jetzige Streik durch verschiedene brasilianische Gewerkschaften (U-Bahn-, Universitäts-, Nahrungsindustrien-, Metall-, Post-, Erdöl-, Bau-, ChemiarbeiterInnen unter anderen), Gewerkschaftsdachverbände (CSP-Conlutas, Intersindical, CGTB), Studentenorganisationen (ANEL, UEE), Sozialbewegungen, Linksparteien (PSTU, PT), Stadträte und Abgeordneten unterstützt.

Auch Carlinhos Almeida, Oberbürgermeister von São José und Mitglied der Arbeiterpartei (PT) solidarisiert sich mit diesem Streik. Auch die entlassenen Metallarbeiter von GM São Caetano beteiligen sich an diesem Streik von São José. Noch dazu hat die United Auto Workers (UAW: The International Union, United Automobile, Aerospace and Agricultural Implement Workers of America > Die internationale Gewerkschaft für Automobil-, Luft- und Weltraum- und LandwirtschaftswerkzeugarbeiterInnen) haben bereits Solidaritätserklärungen mit dem Kampf der GM-AutomobilarbeiterInnen von São José geschickt.

SOLIDARITÄTSEKLÄRUNGEN UND SOLIDARITÄTSKAMPAGNE SIND UNBEDINGT NÖTIG

Die AutomobilarbeiterInnen von São José wollen mit ihrem Streik und Kampf gegen Massenentlassungen ein markantes Signal für alle AutomobilarbeiterInnen der Welt setzen. Die Metallarbeitergewerkschaft von São José / CSP-Conlutas ruft alle Links- und Sozialaktivisten, Gewerkschaften Gewerkschaftsdachverbände, Studentenorganisationen, Sozialbewegungen, Linksparteien und weitere Vereine und Vereinigungen in Deutschland und weltweit auf, die Solidarität mit den GM-Streikenden zu erklären und die internationale Einheit der kämpferischen Automobilarbeiterbewegung mit der 1. internationalen Automobilarbeiterkonferenz in Oktober 2015 in Sindelfingen / Deutschland zu festigen.

Schicket Solidaritätserklärungen an:

Luis Carlos Prates (Mancha)
Emilio Astuto

Sindicato dos Metalúrgicos de São José e Região
secretaria@sindmetalsjc.org.br, Telefone: (12) 3946-5333
Rua Mauricio Diamante, 65, Jardim Matarazzo
São José dos Campos – SP
Cep: 12209-570

CSP-Conlutas

secretaria@cspconlutas.org.br©, Tel: (11) 3107-7984
Rua Boa Vista, 76 – 11º andar CEP: 01014-000
Centro - São Paulo/SP

Flüchtlinge

Solidarität International positioniert sich

Solidarität International Bochum hat am 23.08.15 in Bahnhof Langendreer eine Veranstaltung mit dem Titel: «Flüchtlinge - Freunde ? Fremde ? Problem ?» über die Situation der Flüchtlinge in Europa und in Deutschland durchgeführt. Schon vor Monaten geplant, bekam sie mit der aktuellen Entwicklung in der Flüchtlingsfrage eine besondere Bedeutung. Menschen fliehen vor Krieg und der Unmöglichkeit, in ihrem Land zu leben und werden in den europäischen Ländern und auch in Deutschland von vielen Menschen willkommen geheißen, ehrenamtlich versorgt und unterstützt.

Gleichzeitig fördert die Doppelzüngigkeit (« sichere Herkunftsländer ») auch der deutschen Regierung reaktionäre und faschistische Kräfte, die Flüchtlingsunterkünfte in Brand setzen und eine unsägliche Hetze verbreiten. Ungefähr 40 Personen waren gekommen um den Vortrag zu hören und anschließend zusammen zu diskutieren. Der Vortrag hat unter anderem einen Blick auf die Rolle und Geschichte der Zuwanderer und die heutige Politik Europas ermöglicht. Flüchtlinge sind kein neues Phänomen aber sie werden weiter zunehmen. Kriege, Zerrüttung ganzer Staaten und reaktionäre Bewegungen wie die islamistisch-faschistische IS-Terrorgruppen, Umweltzerstörung, Landraub und Vertreibung sind Fluchtgründe und die Europäische Union und ihre Abschottungs und harte Abschiebepolitik haben zur Folge, dass massenhaft Schutzsuchende im Mittelmeer ertrinken.

Nach dem Vortrag haben die Teilnehmer angeregt diskutiert. Die Empörung gegen die reaktionäre Bewegungen, die die Flüchtlinge angreifen, war groß, die Solidarität und die Hilfsbereitschaft noch größer. Spenden von 194 Euro wurden für das « Das Haus der Solidarität » im Truckenthal (Thüringer Wald) gesammelt. Dieses Haus ist ein Projekt, das von Solidarität International unterstützt wird und hat das Ziel Flüchtlinge aus den kurdischen Gebieten und Syrien auf einem Feriengelände zu menschlichen Bedingungen unterzubringen. Die Diskussion gingen von Vorschlägen zu konkreter Hilfe bis dahin, dass die Fluchtursachen eine grundsätzliche Lösung – die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung – brauchen. Betont wurde, dass die faschistischen Organisationen verboten werden müssen, dass SI das Recht auf Asyl verteidigt und dass man gerechte Kämpfe in den Herkunftsländern unterstützen muss. Die Kritik, dass man auch im Bochum Flüchtlingen helfen müsste, führte zu der Entscheidung, Spenden bei der Montagsdemo zu sammeln, und sie zu einer Flüchtlingsunterkunft zu bringen. Einige Ehrenamtliche aus einem Bochumer Heim stellten die Möglichkeiten vor, wie man in Bochum helfen könnte. Inzwischen wurden Sachspenden an den Unterstützerkreis in Bochum Langendreer und Helfer in einer Erstunterkunft in Hattingen weitergegeben.

Am Ende der Veranstaltung wurde eine Solidaritätserklärung für die brasilianische Automobilarbeiter von General Motors in Brasilien verabschiedet.

Massenentlassungen bei GM in Brasilien

Der US - Autokonzern General Motors (GM) in Sao José, Brasilien, hat seit dem 8. August 2015 begonnen, seine Arbeiter in Massen zu entlassen. Über 800 Mitarbeitern sind seither per Telegramm, Telefonanruf oder WhatsApp entlassen worden und das sind nur die, die sich bei der Metallgewerkschaft CSP – Conlutas gemeldet haben. Das entspricht bereits 10% der Belegschaft. Viele sind älter als 40 Jahre und haben kaum eine Chance, eine andere Arbeitsstelle zu bekommen und können so ihre Familien nicht mehr ernähren.

Die Gewerkschaft und Arbeiter initiierten sofort mehrere Streiks, u. a. vor der Fabrik. Am 14.08. haben mehr als 2000 Menschen an einer Demonstration teilgenommen, bei der auch ein Teil der Autobahn „Presidente Dutra“, einer wichtigen Verbindung zwischen Rio de Janeiro und Sao Paulo, besetzt wurden. Die Arbeiter kämpfen für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Rücknahme der Kündigungen. Der Protest richtete sich jedoch auch gegen die Regierung von Dilma Rouseff, die GM Milliarden US- Dollars als Steuersubvention gewährleistet hat. In Brasilien konnte inzwischen eine sehr starke Solidarität von den verschiedensten Gewerkschaften, Organisationen, Sozialverbänden etc. entwickelt werden.

Solidaritätserklärung für den Streik gegen die Entlassungen bei General Motors, Brasilien

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir von Solidarität International sind entsetzt über die Menschen verachtende Art der Entlassungen eurer KollegInnen und erklären uns solidarisch mit eurem Kampf um die Rücknahme der Entlassungen und der Erhaltung der Arbeitsplätze.

Sehr wichtig und richtig finden wir, dass ihr nicht nur General Motor mit eurem Streik angreift, sondern auch die Regierung von Dilma Rouseff, die mit hohen Subventionen das Verhalten von GM toleriert. Wir freuen uns, dass ihr es geschafft habt, die ungeheuerlichen Vorgänge über Sao José hinaus in ganz Brasilien bekannt zu machen und so viele Verbände zu eurer Unterstützung mit ins Boot holen konntet. Dies wird nicht nur in Brasilien eine große Signalwirkung haben, sondern auch weltweit bei allen Automobilarbeitern und sie gleichzeitig in ihren Kämpfen stärken.

Wir wünschen euch viel Kraft für euren weiteren Kampf und unterstützen jede eurer Forderungen gegenüber GM und der Regierung.

Solidarität mit dem Streik der brasilianischen GM-Arbeitern

An

Sindicato dos Metalúrgicos de São José e Região

E-mail: secretaria@sindmetalsjc.org.br

CSP-Conlutas

E-Mail: secretaria@cspconlutas.org.br

Solidarität mit dem Streik der brasilianischen GM-Kollegen gegen die Kündigungen von 798 Arbeitern bei GM Sao Jose dos Campos!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von GM Sao Jose dos Campos, liebe Freunde der Gewerkschaft der Metallarbeiter Sao Jose und Dachverband CSP-Conlutas,

unsere heutige Veranstaltung von „Solidarität International“, der internationalen Solidaritäts- und Hilfsorganisation in Deutschland, zum Thema der Flüchtlingspolitik versichert unsere Solidarität mit Eurem Kampf gegen die Kündigungen.

Weltweit vernichten die Monopole zigtausende von Arbeitsplätzen, allen voran die Automobilkonzerne und der GM-Konzern. Diese Monopole haben die Freiheit ganze Länder auszubeuten, der Bevölkerung die Lebensgrundlage zu entziehen und die Natur gnadenlos auszubeuten. Diese Jagd nach größten Profiten ist die Ursache für die Millionen von Flüchtlingen, die vor Hunger, Armut, Kriegen und Umweltzerstörung fliehen müssen. Zugleich werden in Deutschland die Flüchtlinge diskriminiert, als ob sie nur die Sozialkassen plündern wollen. Die Flüchtlinge bekommen aber unsere Solidarität genauso wie euer Kampf. Denn euer Kampf ist ein Beitrag dafür, in den eigenen Ländern für ein menschenwürdiges Leben zu kämpfen.

Wir sind empört über die niederträchtige GM-Methode, die einzelnen Kollegen mit Einzelbriefen, Telefonaten oder gar SMS/WhatsApp-Nachrichten zu demoralisieren. Wir begrüßen, dass ihr einen unbefristeten Streik organisiert, mit dem ihr für den Erhalt der Arbeitsplätze und eine Arbeitszeitverkürzung kämpft. Aus ganzem Herzen unterstützen wir euren Kampf und werden ihn in Deutschland weiter bekannt machen.

**Mit solidarischen Grüßen aus Bochum/Deutschland
Helga Böttigheimer**

Winterfreizeit Braunenberg vom 04.01. - 06.01 2016

Im letzten Newsletter haben wir zur Winterfreizeit im Naturfreundehaus Braunenberg bei Aalen eingeladen. Leider hat sich da der Zeiteufel eingeschlichen und das Datum geklaut. Dafür entschuldigen wir uns und hoffen trotzdem auf regen Besuch.

Waltraut, SHA

Unsere Solidarität mit Flüchtlingen muss Angesichts der Angriffe von rechten Gruppierungen auf diese zwingend mit dem antifaschistischen Kampf verbunden werden. Deshalb freuen wir sehr über den Erfolg von Max und wünschen ihm eine komplette Rehabilitation.

Freispruch auf ganzer Linie

Wahrscheinlich habt ihr mitbekommen, dass ich mich mit einer Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt in Tateinheit mit versuchter Körperverletzung konfrontiert war. Diese brach nun vor dem Dortmunder Amtsgericht am 28.9.2015 innerhalb weniger Minuten in sich zusammen.

Nach einer friedlichen Demonstration gegen den Aufmarsch der Partei „Die Rechte“ mit ihrer menschenverachtenden Hetze am 23.8.2014 wurde ich angeklagt, weil ich angeblich am besagten Demonstrationstag aus der dritten Reihe heraus einem Polizisten mit der linken Faust gegen das Visier des Helmes geschlagen haben sollte. Mit großem Fahndungsfoto in Ruhrnachrichten und WAZ vom 7.1.2015 wurde unter völliger Missachtung der Unschuldsvermutung nach mir u.a. als „**schlagenden Nazi-Gegner**“ gesucht. Ich fühlte mich wie in einem falschen Film!

Immerhin wurde diese absurde Geschichte nun nicht auch noch durch einen Justizskandal getoppt, sondern es kam innerhalb kurzer Zeit zu dem überfälligen Freispruch.

Der Richter räumte ein, es handle sich nicht um einen Freispruch aus Mangel an Beweisen, sondern um einen Freispruch erster Klasse, weil rein gar nichts darauf hindeuten würde, dass ich die mir zur Last gelegten Straftaten begangen haben könnte. Das „Beweismaterial“ diene zu meiner Entlastung und auch der Polizeizeuge erklärte, dass seine Täterbeschreibung nicht zu mir passe.

Bei der Urteilsverkündung entschuldigte sich der Richter „im Namen der deutschen Justiz“ für die mir widerfahrene Ungerechtigkeit und betonte, auch könne er sich nicht erklären, warum es „angesichts einer mehr als vagen Beweislage“ überhaupt zur einer Klageerhebung gekommen sei.

Die Staatsanwaltschaft hatte einige Wochen vorab sogar versucht, mich per Strafbefehl zu einer Zahlung von 900 Euro aufzufordern, um einem Prozess aus dem Wege zu gehen. Frei nach dem Motto „man kann’s ja mal probieren“.

Am Ende der Verhandlung brachte ich dann meinen angestauten Unmut zum Ausdruck, dass auf der Grundlage eines derartigen Sachverhalts überhaupt ein Richter zustimmen konnte, eine derartige Fahndung mit Foto wie nach einem Schwerekriminellen einzuleiten. Ohne Rücksicht darauf, wie gerade bei mir als Lehrer der öffentliche Ruf geschädigt wird.

Eine „vollständige Rehabilitation“, wie sie der Richter bereits durch das Urteil sah, ist freilich erst dann gegeben, wenn auch gegenüber der Presse und der Öffentlichkeit durchgesetzt werden kann, sich im redaktionellen Teil von der damaligen Berichterstattung öffentlich zu distanzieren und an prominenter Stelle eine ausführliche entsprechende Gegendarstellung zu veröffentlichen.

Ich würde mich freuen, wenn ihr mithelfen würdet, diese Rehabilitation zu befördern. Im Freundeskreis, Kollegium oder unter Bekannten.

Liebe Grüße Max

„Haus der Solidarität“

Flüchtlingsunterkunft und Begegnungsstätte

In der Ferien- und Freizeitanlage in Truckenthal im Süden Thüringens entsteht gegenwärtig eine Flüchtlingsunterkunft neuer Art – als Begegnungsstätte und Haus der Solidarität zwischen Flüchtlingen, Gästen der Anlage und der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden. Angedacht ist die Unterbringung und Integration von syrisch-kurdischen und irakisch-kurdischen Kriegsflüchtlingen.

Das Gelände in Truckenthal ist etwa 70 000 m² groß. Neben 28 Holzbungalows, verschiedenen Gebäuden und Freizeitmöglichkeiten, gibt es auf dem Gelände ein noch nicht saniertes dreigeschossiges Gebäude, das zu einer modernen Flüchtlingsunterkunft und Begegnungsstätte mit vergleichsweise hohen Standards umgebaut werden soll. Damit könnten bis zu rund 80 Flüchtlingen aufgenommen werden. Die Ferienanlage bietet darüber hinaus die Möglichkeit, einer größeren Anzahl von Flüchtlingen unterzubringen.

Mit dem Projekt soll eine neue Art von Willkommenskultur und Unterbringung geschaffen werden. Durch den laufenden Betrieb können die Flüchtlinge von Anfang an integriert werden. Sinnvoll erscheint die Unterbringung von syrisch-kurdischen und irakisch-kurdischen Flüchtlingen, also kein „Mix“ verschiedener Nationalitäten. Dadurch werden Sprachbarrieren und andere ethnische und kulturelle Verständigungsprobleme unter den Flüchtlingen minimiert. Die weitläufige Anlage bietet optimale Bedingungen für die Behandlung und Regenerierung traumatisierter Kriegsflüchtlinge und ganzer Familien. Dabei soll sich auf bestehende Verbindungen zur Bevölkerung, zu Gästen und Veranstaltungen der Anlage und auf die enge Zusammenarbeit mit kurdischen Organisationen, Migrantenvereinen und bestehenden Flüchtlingsinitiativen gestützt werden.

Angesichts der großen Zahl von Flüchtlingen, die gegenwärtig u.a. nach Deutschland kommen, um dort Asyl zu finden, ist das „Haus der Solidarität“ ein wichtiges Pilotprojekt. Überfüllte Flüchtlingsunterkünfte in ausgedienten Kasernen oder Zeltstädte auf alten Flugplätzen, die für die Aufnahme von Flüchtlingen aufgebaut werden, sollten ein gutes Argument sein, dass dieses Projekt und sein Aufbau auch von der thüringischen Landesregierung gefördert und mit entsprechenden finanziellen Mitteln unterstützt wird. Doch diese weigert sich bisher beharrlich, den Ausbau der Ferienanlage zu unterstützen und zu fördern. Wörtlich schreibt die thüringische Staatskanzlei: „Es wird eingeschätzt, dass der Unterkunftsbedarf bis auf Weiteres mit den unmittelbar zur Verfügung stehenden Ressourcen gedeckt ist.“

Auch wenn das Verhalten der thüringischen Landesregierung angesichts überfüllter Unterkünfte für Flüchtlinge wie z.B. im 40 km entfernten Suhl nicht nachvollziehbar ist, haben die Betreiber der Anlage, Investoren, die Belegschaft und Menschen aus den umliegenden Dörfern die Öffentlichkeitsarbeit und den politischen Druck verstärkt, damit das Projekt offiziell anerkannt wird. Gleichzeitig ist mit dem Bau des „Hauses der Solidarität“ begonnen worden, damit dort Flüchtlinge untergebracht werden können. Eine wichtige Initiative hat dazu der Jugendverband REBELL gestartet, der während seines dortigen Sommercamps begonnen hat, das Gebäude zu renovieren. Die sogenannten U18-Brigaden haben damit einen wichtigen Schritt unternommen und gleichzeitig mit ca. 70 Flüchtlingen aus Suhl in der Anla-

ge gemeinsam gefeiert und Gebaut. Die Bundesvertretung von SI hat dem Jugendverband dazu 500 € zur Verfügung gestellt, die für das Bauvorhaben eingesetzt worden sind.

Das Projekt verdient bundesweite Unterstützung:

Unterstützt die Forderung, dass das „Haus der Solidarität“ offiziell anerkannt wird (dazu gibt es auf der Homepage von SI einen offenen Brief mit einer Unterschriftenliste, die dafür verwendet werden kann)

Macht mit bei den ehrenamtlichen Arbeitseinsätzen (sogenannten Subbotniks) beim Bau des „Hauses der Solidarität“ in Truckenthal/Thüringen

Nähere Informationen erteilt der Geschäftsführer der Ferienanlage „Im Waldgrund“ unter Tel: 0911-2137619 oder Mail: Johannes.Rupprecht@t-online.de, Anfragen zu Baueinsätzen können an den Hausleiter Andreas Eifler gerichtet werden unter Tel: 036766-84726 oder Mail: eifler.sonneberg@t-online.de

Aktuelle Information der Koordinierungsgruppe der Bundesweiten Montagsdemo

Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung hat entschieden, ihre diesjährige Herbstdemonstration (die ursprünglich für den 3. Oktober 2015 geplant war) als Teil der bundesweiten Großdemonstration „Stopp TTIP/CETA!“ am 10. Oktober 2015 in Berlin durchzuführen. Wir wollen die Kräfte im Kampf gegen TTIP/CETA und den Abbau sozialer, ökologischer und politischer Rechte zu bündeln.

Die Montagsdemos aus ganz Deutschland werden dazu einen gemeinsamen kämpferischen Block auf der Großdemonstration durchführen, der die Vielfalt der Anliegen der Montagsdemonstrationsbewegung als „Tag des Widerstands“ zum Ausdruck bringt. Natürlich werden wir unsere offenen Mikrofone und unsere schönen Transparente mitbringen.

Die Koordinierungsgruppe der Bundesweiten Montagsdemo tritt zur weiteren Vorbereitung an die Veranstalter der „Stopp TTIP/CETA!“-Demo heran, prüft die Möglichkeit einer gemeinsamen Auftaktkundgebung und wird in den nächsten Tagen weitere Informationen veröffentlichen.

Die Busse der Montagsdemos sollen unter <http://ttip-demo.de/anreise/mitfahrboerse/> veröffentlicht werden. Hier gibt es für kleinere Montagsdemos auch Informationen, wer aus ihrer Stadt/Region Busse/Züge organisiert, wo man ggf. mitfahren kann.

Vorschläge zur Mobilisierung zur Demo und zum gemeinsamen Auftreten der Montagsdemos bitte an bundesweite_montagsdemo@gmx.de

i.A. Ulja Serway

Antworten zu Fragen 1 IAC von SI

Lieber Michael,

Du bist Mitglied in der nationalen Koordinierungsgruppe zur ersten Automobilkonferenz, die vom 14. - 18.10.15 in Maichingen bei Sindelfingen stattfindet. Was ist das neue an der Konferenz im Vergleich mit den bisherigen Automobilarbeiterratschlägen?

Die internationale Beteiligung an den 7 Ratschlägen seit 1998 ist gestiegen. Schrittweise haben wir eine gelebte Solidarität von Automobilarbeitern entwickelt. Mit gegenseitigen Informationen, Delegationen, Solidaritätsaktionen haben wir die Kämpfe der Automobilarbeiterbewegung gestärkt, wie im Frühjahr bei den Streiks in Bursa/Türkei und aktuell bei den Streiks gegen Entlassungen in Brasilien. Wir wollen den Schritt zu einer verbindlicheren Zusammenarbeit der Beschäftigten in Automobil- und Zulieferwerken, ihrer Familien und Freunde machen und eine „Internationale Automobilarbeiterkoordination“ gründen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft im GM-Werk Halol (Indien) beschreibt stellvertretend die hohen Erwartungen: „ich glaube fest, dass diese Konferenz ein Meilenstein in Gewerkschafts- und Arbeiteraktivitäten der gesamten Welt wird...“

Welche Bedeutung hat die Konferenz für die Kämpfe der Automobilarbeiter?

Heute spüren die Beschäftigten in der internationalisierten Produktion, dass sie von den Auto- und Zulieferkonzernen und der Regierungen gegenseitig ausgespielt und gespalten werden. In dem Vorschlag zur Gründungsresolution steht: „Wir wollen unsere Erfahrungen austauschen, unsere Organisiertheit stärken und Kämpfe international fördern und koordinieren. Wir unterstützen uns gegenseitig durch

Solidaritäts- und Protestaktionen, fördern Solidaritätsstreiks und die Verweigerung von Streikbrecherarbeit, entwickeln Solidaritätskampagnen und international abgestimmte Aktionstage der Solidarität.“ und „Uns wird suggeriert, als einzelne Belegschaft isoliert und allein zu stehen gegen einen übermächtigen Gegner. Tatsächlich: Wir Automobilarbeiter stehen einem mächtigen Gegner gegenüber. Aber wir sind nicht ohnmächtig! Unsere Kraft entfaltet sich mit der Klarheit und Organisiertheit über Ländergrenzen hinweg.“ Wir treten für die Stärkung der Gewerkschaften auf kämpferischer Grundlage ein und sind weitergehend ein Podium für Zukunftsfragen, dies schließt die Umweltfrage mit ein.

Kannst Du uns etwas zum Stand der Vorbereitungen sagen?

Wesentlich ist, dass die Konferenz selbstorganisiert und selbstfinanziert ist, wir sind nicht abhängig von kapitalistischen Sponsoren oder Eventmanagern. Die Durchführung ist in Deutschland aufgeteilt auf über 20 Automobilorte, wo Kollegen/innen einzelne Teile vorbereiten, z.B. Themenforen, Getränkeversorgung, Kasse... Wer diese basisorganisierte, einmalige Zusammenkunft unterstützen will, kann dies als freiwilliger Helfer tun und sich über info@iaar.de anmelden.

Wie sieht es mit der internationalen Beteiligung aus?

Delegationen aus über 20 Ländern freuen sich auf die Konferenz und bereiten sie vor. Sie haben Verantwortung übernommen, für Foren, zur Bekanntmachung der Konferenz, Knüpfen von neuen Kontakten und Einladungen. Da entsteht etwas Neues!

Vielen Dank für das Interview!

Afrika Fest in Schwäbisch Hall



Auf dem Fest der Begegnung und Völkerfreundschaft am 31.7. - 1.8. 2015 wurde viel Musik, afrikanisches Essen und Kunsthandwerk aus verschiedenen afrikanischen Ländern geboten. Das gute Wetter unterstützte die heitere, aufgeschlossene Stimmung dieser open air Veranstaltung.

Bei der Eröffnung einer Fotoausstellung über Südafrika bekam man einen Eindruck über das alltägliche Leben.

Die SI Ortsgruppe SHA nutzte die Gelegenheit sich selbst und die deutsch-südafrikanisch Freundschaftsgesellschaft Marikana vorzustellen. So kamen wir gleich ins Gespräch und knüpften Kontakte. Die Initiatorin der Ausstellung ist an einer weiteren Zusammenarbeit interessiert.

Davon ermutigt fassten wir den Beschluss, am nächsten Tag eine kleinen Infostand zu machen um uns deutlicher zu präsentieren.

Außerdem sammelten wir ca. 30 Unterschriften für die Petition „für einen humanitären Korridor“ Die Besucher des Festes waren dem Thema gegenüber sehr aufgeschlossen und fanden diese äußerst wichtig. Eine Besucherin drückte das so aus: „Ich danke euch für eure Initiative“.



Deutsch-Philippinische Freunde e.V. & KAPATIRAN



Wofür werden die Spenden für die Politischen Gefangenen verwendet? - ein Finanzbericht aus dem Gefängnis

„(...) Ich sende Euch im Auftrag der politischen Gefangenen eine Kopie des Finanzberichts der politischen Gefangenen:

- 1.) Custodial Center-Camp Crame-25 politische Gefangene
- 2.) Frauengefängnis Taguig City Jail Camp Bagong- 9 Gefangene
- 3.) Special Intensive Care Area- 22 Gefangenen
- 4.) Maximum Security Compound, New Bilibid Prison, Muntinlupa City- 21 Gefangene

WIR DANKEN DEM VORSTAND UND MITGLIEDERN DER DEUTSCH-PHILIPPINISCHEN FREUNDE FÜR DIE GROSSARTIGE UNTERSTÜTZUNG!



Eure Freundschaft und Solidarität (Briefe, Bilder, Kampagne Free All Political Prisoners, Balikbayan Boxes, Geldspenden) bedeuten den Freunden, die wegen ihrer politischen Überzeugungen inhaftiert sind, sehr viel. Sie werden durch eure Freundschaften gestärkt. Sie können die Luft der Freiheit in euren Briefen atmen. Sie sind gerührt, dass ihr Dinge wie Kunsthandwerk, Medizin, Kleidung, Papier, Stifte, Seife, Shampoo, Zahnpasta und andere Dinge in den Balikbayan Boxen verschickt. Sie lieben den Geschmack der Schokolade, Kekse und Süßigkeiten, die ihr uns geschenkt habt und ihr helft uns mit euren Geldspenden. Wie ihr wisst, sind viele der Gefangenen alt und krank. Mit euren Geldspenden können sie sich die Medizin und die medizinischen Behandlungen leisten, die sie benötigen. Gerade erst diesen Monat (Juli 2015), konnte eine der weiblichen Gefangenen (Miguela Peniero) wegen vergrößerter Schilddrüse und an infizierten Lymphknoten operiert werden. Auch wenn Miguela noch inhaftiert ist, ist sie wieder ermutigt und nimmt wieder aktiv am Kampf im Gefängnis teil. Miguela sagte uns (Pido und mir)- Bitte sagt unseren deutschen Freunden vielen, vielen Dank!!

Madel Teves und ihr Baby Kane (heute ist er acht Monate alt) wollen sich auch bedanken- seit Februar diesen Jahres haben sie Geld für Windeln und extra Nahrung (Früchte und frisches Gemüse). (...)“

Brieffreundschaft mit Politischen Gefangenen – ein Erfahrungsbericht einer Brieffreundin

„(...) Seit einem Jahr schreibe ich mich mit Alan Jazmines und Aris Sarmiento im Camp Bagong Diwa, übermittelt durch Medy. Beide sind bereits zum dritten Mal in ihrem Leben in Haft, haben mir viel über die Haftbedingungen und ihre politischen Aktivitäten vor ihrer Inhaftierung geschrieben.

Aufgrund zahlreicher Aktionen und Prozesse im kleinen Rahmen, (ohne dass bisher viel dabei herausgekommen ist) können die beiden mir zur Zeit nur etwa alle drei Monate schreiben. Die Briefe sind dann aber sehr ausführlich, d.h. 7-8 DIN A4-Seiten. Wie ihr vielleicht bei eurem Besuch im Dezember 2014 mitbekommen habt, sind die politischen Gefangenen vor und während des Papstbesuchs jeweils eine Woche in Hungerstreik getreten. Auf meine Frage, ob der Papst reagiert hat, meinte Aris: „Bisher noch nicht, aber ich bin mir sicher, er wird reagieren!“

Momentan sind die Haftbedingungen aufgrund der Reaktion des Gefängnispersonals auf den Hungerstreik noch schlechter geworden. Immer wieder werden Besuche von Menschenrechtsorganisationen, Anwälten und Angehörigen abgelehnt. Während des Hungerstreiks wurden keine Ärzte zu den Häftlingen gelassen. Trotz der Hitze dürfen die politischen Gefangenen nur noch einmal die Woche für eine Stunde auf das Gefängnisdach an die frische Luft. Ganz im Gegensatz zu den anderen Häftlingen, denen dies immer noch täglich gewährt wird. Auch in den Flur dürfen die politischen Gefangenen nicht mehr.

Wegen der vitaminlosen Gefängniskost haben sie auf dem Dach ein Gemüsebeet angelegt. Dies ist jedoch von der Gefängniswärterin zerstört worden. Angeblich würde Erde in die Dachrinne rieseln und dadurch für Überschwemmungen in den unteren Etagen sorgen.

Am schlimmsten sind die Morddrohungen der nicht politischen Häftlinge, manchmal drei Mal täglich. Das Gefängnispersonal arbeitet mit den nicht politischen Häftlingen zusammen und hetzt sie gegen die politischen Gefangenen auf. Im Januar hat das Gefängnispersonal einem rebellischen politischen Gefangenen Drogen ins Gepäck geschmuggelt, um ihn als Drogendealer zu überführen und in eine Zelle mit wegen Drogendelikten Inhaftierten zu stecken.

Nach Andrea Rosal hat noch eine andere Frau in Haft ein Kind zur Welt gebracht. In diesem Fall hat das Baby zum Glück überlebt. Zuletzt habe ich Mitte Juni einen Brief von Aris bekommen. U.a. hat er mir einen interessanten Bericht über den Nestlé-Konzern auf den Philippinen geschrieben. (...)“

DPF e.V. Karlstr. 35 - 40764 Langenfeld • Tel. 02173-18266 (Fax -17568)

www.dp-freunde.de • EMAIL : vorstand@dp-freunde.de

Deutsche Bank 24 Langenfeld • IBAN: DE38 3007 0024 0408 1550 00, BIC (SWIFT): DEUTDE33

SI ist aktiv!

So nahm die Ortsgruppe SI Braunschweig beim Sommerfest des Hauses der Kulturen mit einem Infostand teil, informierte die Standbesucher zum Einen über die Arbeit von SI und sammelte zum Anderem Spenden durch den Verkauf von kolumbianischem Handwerk.

Des weiteren versammelten sich ein paar SI-Mitglieder bei Varinya (SI Mitglied aus Braunschweig) zum Einkochen verschiedener Früchte und Beeren der Saison, welche zu Gelées, ausgefallenen Marmeladenkreationen und Sirup verarbeitet wurden.

Was die Eigenproduktion von Marmeladen und Co. angeht, ist zu sagen, dass nach und nach vielfältige und außergewöhnliche Variationen entstanden sind wie z.B. Mischungen aus Holunderblütensirup, verschiedensten Früchten gemischt mit Prosecco und viele mehr. Deshalb haben wir uns auf unserem letzten Monatstreffen im August 2015 dazu entschieden Probierrhäppchen an unseren zukünftigen Ständen anzubieten, um auch diejenigen Besucher als Spender / Kunden zu gewinnen, die sich schwer tun, etwas Neues zu probieren oder aber sich nicht wirklich vorstellen können, wie das alles tatsächlich schmeckt – und sich womöglich etwas entgehen lassen. Außerdem bieten wir den Käufern ab sofort an, dass sie sich explizit für ein Projekt entscheiden dürfen, wo das Geld von ihrem Marmeladenglas hingehen soll. Damit noch nicht am Ende unserer neuen Innovationen angekommen, haben wir uns überlegt, unsere Produkte (Marmeladen, Sirup usw.) auf mehrere Haushalte / Mitglieder zu verteilen, um auch außerhalb von Veranstaltungen den Verkauf im privaten Umfeld zu flexibilisieren, indem sofort ein Glas parat ist und sich nicht erst mit dem Vorstand, die die Eigenproduktionen bisher allein verwalten, getroffen werden muss.

Da euch als letztes bestimmt noch der Verkaufsstand interessiert, möchte ich euch hier nicht länger auf die Folter spannen. Ohne Abzüge haben wir bisher 170 € eingenommen.

Als nächstes möchte ich euch über unsere diesjährige Jahreshauptversammlung berichten. Es nahmen mit 13 Personen ungefähr die Hälfte der Mitglieder unserer Ortsgruppe teil.

Der Jahresrückblick anhand einer Powerpointpräsentation gab uns Aufschluss darüber, dass wir doch wieder sehr aktiv waren, obwohl wir uns letztes Jahr vorgenommen hatten, etwas weniger zu machen, um es für uns alle entspannter zu gestalten. So nahmen wir mitunter mit einem Stand am Anti-Kriegstag teil, ebenso unterstützen wir den Frauenverband Courage e.V. mit dem Flashmob zu „Break the chain“ sowohl am 25. November 2014, dem Tag gegen Gewalt an Frauen wie auch am 7. März 2015, dem Internationalen Frauentag. Ebenso waren wir bei der Veranstaltung zum Weltklimatag wie auch am 01. Mai 2015, dem Tag der Arbeit vertreten. Für den 01. Mai backten wir zuvor Kekse in der Form von Autos, mit denen wir fleißig Spenden für die diesjährige Automobilarbeiterkonferenz im Oktober 2015 in Sindelfingen sammelten.

In dem Jahresrückblick wurde deutlich, dass wir gegen Ende letzten Jahres inhaltliche Schwerpunkte für unsere aktive Arbeit festlegten, indem wir uns auf jedem Monatstreffen uns mit einem bestimmten Thema inhaltlich befassten, zu dem wir als nächstes aktiv werden wollten. Beispiel: Im Februar 2015 hielt Christel (Mitglied vom Frauenverband Courage e.V. wie auch von SI e.V.) hielt einen Vortrag über die Geschichte und Entstehung des Internationalen Frauentages und im Anschluss planten und organisierten wir unser Auftreten für den 07. März.

Diese Form der Arbeit bringt folgende Vorteile mit sich: Wir wissen, warum es Sinn macht, dass SI sich an dem Tag beteiligt und können uns dies auch den Besuchern deutlicher darlegen. Wir können die Besucher speziell über diesen Schwerpunkt für uns als Interessenten und Mitglieder gewinnen. Wenn wir zu Monatstreffen öffentlich einladen, dann können wir schon im Vorfeld konkreter sagen, worüber gesprochen werden soll und darüber wiederum die Neugierde bei den Interessenten, Lesern, Besuchern wecken.

Ein weiterer Punkt auf der Jahreshauptversammlung war der Kassenabschlussbericht. Hier wollen wir uns insofern verbessern, dass der Kassenprüfer Norbert und die Kassenberichtverfasserin Varinya darauf achten, dass das Abrechnungsdatum übereinstimmt, um mit den gleichen Zahlen zu arbeiten. Ebenso sollte die Überprüfung halbjährlich statt jährlich stattfinden. Des weiteren soll der Aufbau und die Übersicht sowie die Aufteilung des Kassenberichtes noch konkreter strukturiert werden, sodass sie möglichst für jeden verständlich ist.

Für euch noch interessant zum Thema „Finanzen“. Unsere Ortsgruppe hat im Jahr 2014/2015 1230 € gespendet.

Zuletzt wählten wir Karin und Varinya als Ortsvorstand und Norbert als Kassenprüfer. Die neue Funktion „Pressesprecher / -in“ übernimmt Ricarda. Unsere Versammlung ließen wir mit gemeinsamen Grillen bei Sonnenschein genüsslich ausklingen.

Auf

Auch im neuen SI Jahr geht es bereits fleißig weiter, indem wir zum Einen ein Sommerfest mit der Umweltgewerkschaft, Courage und der MLPD auf dem Burgundenspielfeld in Braunschweig veranstalteten. Dort führten wir eine Kinder – Olympiade durch und an unserem Stand gab es neben dem kolumbianischen Handwerk und dem Infomaterial unser Sprachspiel „Schnecke“, welches jung und alt gerne mit unserer Unterstützung aussprobierten. Insgesamt war das Fest ein voller Erfolg bei herrlichem Sonnenschein, für die Kinder, aber auch für die erwachsenen Besucher. Beim nächsten Mal wollen wir jedoch die Uhrzeit nach hinten verschieben, weil der Andrang zu 15 Uhr relativ gering war. Was jedoch auch daran lag, dass unsere Regionalzeitung zwar im Artikel die Startzeit 15 Uhr hinschrieb, jedoch im Veranstaltungskalender 18 Uhr abdruckte.

Bei der Kinder – Olympiade hatten jedenfalls alle Kinder Spaß und der Andrang war groß, aber gerade deshalb muss hier im Vorfeld mehr auf die Verteilung auf mehrere / genug erwachsene Personen geachtet werden und lieber kleinschrittig gearbeitet werden. Sprich nicht eine Siegerehrung am Ende aller Spiele sondern nach jedem Spiel, damit die Kinder, die schon fertig sind, sich durch zu lange Wartezeiten nicht langweilen und weggehen.

Am Dienstag, den 01. September 2015 nahmen wir mit einem Infostand an der Veranstaltung zum Anti- Kriegstag teil. Durch den Dauerregen kamen nur weniger Besucher und wir hörten um 18 Uhr statt wie geplant um 19 Uhr auf. Bis dahin konnten jedoch weitere Unterschriften für die Petition zum Wiederaufbau von Kôbane gesammelt werden. Außerdem konnten wir 17,50 € an Spendengeldern einnehmen, die wir für Rojava spenden wollen.

Auf unserem Monatstreffen im September wollen wir uns mit der Unterstützungsmöglichkeiten der Flüchtlinge in Braunschweig befassen und dieses in die Tat umsetzen.

Wir sind gespannt, was dabei heraus kommt und was wir dann zu berichten haben!



Lenin schreibt - in Sankt Petersburg

Eine hochinteressante und bewegende Reise nach Sankt Petersburg

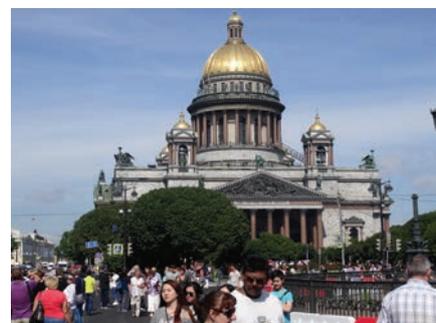
Im August erlebten 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Reise der besonderen Art. Das Reisebüro People to people hatte ein umfangreiches Programm ausgearbeitet, das man von keinem anderen Reiseveranstalter geboten bekommt.

Gleich die ersten Tage vermittelten gewaltige Eindrücke durch eine Stadtbesichtigung mit dem Bus und mit dem Boot. Das riesige Stadtzentrum ist Weltkulturerbe. Hier gibt es keine Hochhäuser, dafür ganze Straßenzüge mit vier- oder fünfstöckigen Häusern im Jugendstil oder Barock, angestrichen in Pastellfarben wegen des meist trüben und regnerischen Wetters. Dazwischen eine Masse von Palästen, Schlössern, Kirchen und Kathedralen. Viele Dächer und Kuppeln sind vergoldet, ja sogar Straßenlaternen, und es gibt keine einfachen Brückengeländer, sondern nur kunstvoll geschmiedete. Wir begriffen, warum Sankt Petersburg Venedig des Nordens heißt: Die Stadt hat mehr Flüsse und Kanäle als Venedig.

Die Metrostationen sind reine Kunstwerke: goldene Kronleuchter, Gemälde, Säulen aus Marmor usw., mehrere Minuten braucht man, um auf der Rolltreppe hinunter zu gelangen, denn die U-Bahn muss unter dem Fluss Newa geführt werden.

Lenin, dem Führer der Oktoberrevolution, begegnen wir auf Schritt und Tritt als Plakat, Gedenkstätte, Skulptur usw. Noch immer verehren die Menschen Lenin, er ist aus dem Gedächtnis der Russen nicht auszulöschen. Natürlich berührt uns das tief. Im Sommer 1917 versteckte sich Lenin auf dem Lande. Getarnt als Bauer schreibt er auf einem Baumstumpf sitzend. Wir sehen auch die Lokomotive 293, die Lenin im Herbst 1917 von Finnland nach Russland brachte, getarnt als Heizer.

Der vorletzte Tag hat uns am meisten aufgewühlt. Es war das Museum der Belagerung von Sankt Petersburg (damals Leningrad) durch die faschistische Hitler-Armee. Viele Tausende Leningrader wurden durch Bomben getötet, sind verhungert oder erfroren. Zuletzt war die Tagesration für eine Person nur noch 125 g Brot.



Isaak Kathedrale

Schließlich hat es die Rote Armee doch geschafft, den Ring der Belagerung zu durchbrechen.

Ein herzlicher Abschiedsabend mit russischen und deutschen Liedern, Gedichten und Essens und natürlich viel Wodka schloss die zwei großartigen Wochen der Reise ab.

Wir lernten auch die Seite der Armut kennen. Wir besuchten eine Wohnung, in der drei Familien sich eine Küche teilten, die dort in sehr ärmlichen Verhältnissen leben. Viele haben so einen niedrigen Lohn, dass sie nur durch Gemüseanbau in ihrem Garten oder Datscha über die Runden kommen können.

Falls diese Reise wieder angeboten wird, und das ist spätestens zum 100jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution 2017 der Fall, kann man die Teilnahme nur wärmstens empfehlen.

Allerdings: Auch wenn wir mehrere Male die Gelegenheit hatten, im Ladogasee oder der Ostsee zu baden, es war kein Badeurlaub. Es war ganz schön anstrengend, aber super-gut.

Mobilisierung auf 10. Bundesdelegiertenversammlung

Liebe Freundinnen und Freunde!

Schon jetzt wirft die nächste Bundesdelegiertenversammlung von SI ihre Schatten voraus. Kommendes Jahr dürfen wir das 20-jährige Bestehen von SI feiern und unsere 10. Bundesdelegiertenversammlung (BDV) am 12. und 13.11.2016 durchführen.

Der Kulturabend am Samstagabend soll dabei das gewachsene Selbstbewusstsein von SI und die zahlreichen Fähigkeiten unserer Mitglieder und die Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von internationalistischen Initiativen, Vereinen und Organisationen zum Ausdruck bringen.

„Die Welt wächst zusammen, aber was wird aus ihr? ... Welche Richtung sich durchsetzt, darf uns nicht egal sein, es ist zur Überlebensfrage geworden. Wie wahr sind doch diese Sätze aus unserem Programm, die bei der Gründungsversammlung von SI vor 20 Jahren als Kerngedanke für die SI-Arbeit formuliert wurden. Die Welt ist weiter zusammengewachsen, doch hat sich die Kluft zwischen den Menschen und den Herrschenden immens vergrößert. Weltweit ringen die Menschen um ein menschenwürdiges Leben, das ihnen eine Perspektive bietet, heraus aus Hunger, Armut, Elend, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Krieg, Flucht und Verfolgung. SI unterstützt deshalb Kämpfe um Selbsthilfe und Selbstbefreiung – international und im eigenen Land. Das ist der ganze Grundgedanke unserer Arbeit und unsere Prinzipien haben sich dabei ständig bewährt.

20 Jahre Solidarität und Hilfe mit Perspektive:

Wie schaffen wir es, internationalistisches Bewusstsein unter breiten Bevölkerungsschichten zu fördern? Wie entwickeln wir SI weiter?

Was müssen wir dazu fördern, was auch gezielt überwinden?

Wir wollen unsere Arbeit genau und kritisch auswerten. Schöpferische Schlüsse sollen uns unserem Ziel näher kommen lassen, ein mitgliederstarker Verband mit vielen neuen Gruppen zu werden, der real die Unterstützung von weltweit gerechten Kämpfen organisiert. Ein Verband, unter dessen Dach sich zahlreiche Organisationen, Initiativen und Einzelpersonenzusammenkünfte, um ihre Kräfte für die immer bedeutsamere Arbeit zu bündeln.

Wir möchten Euch bitten, in Euren Gruppen selbst aktiv zu werden in der Vorbereitung der Bundesdelegiertenversammlung im Jahr des 20-jährigen Bestehens von SI:

- ▶ Verstärkt und verbessert Eure Arbeit in den Gruppen!
- ▶ Wertet Eure Arbeit aus, gerade jetzt zu Kobanê und der Solidarität mit Flüchtlingen.
Schreibt Artikel für die newsletter und für die homepage, schickt Eure Auswertungen ans Büro von SI!
- ▶ Macht die Selbstveränderung unserer Verbandsarbeit zu Eurer eigenen Sache, damit SI real ihre ihr zugemessene Bedeutung bekommt! Dabei sind unsere Prinzipien die entscheidende Richtschnur!
- ▶ Helft mit, die homepage zu verändern und zu verbessern hin zu einem tagesaktuellen und organisierenden Instrument der Solidaritäts- und Hilfsarbeit unseres Verbandes!
- ▶ Organisiert örtliche/regionale Höhepunkte Eurer Arbeit zum 20-jährigen Bestehen von SI im Jahr 2016!

- ▶ Nutzt diese Aktivitäten zur Mobilisierung auf die BDV im November 2016! Gewinnt Künstler, Kulturbeiträge und Bands für die BDV aus den Orten!
- ▶ Wählt genügend Delegierte! Pro 10 Mitglieder steht Euch ein Delegierter zu. Am besten führt Ihr die Wahl bei Eurer jährlichen Mitgliederversammlung durch! Die genauen Unterlagen dafür für Eure Anzahl der Delegierten erhaltet Ihr rechtzeitig über das SI-Büro. Denkt daran, Ersatzdelegierte zu wählen, die für erkrankte oder sonst verhinderte Delegierte zur BDV mitgehen.
- ▶ Gewinnt Kandidaten für die zentralen Gremien von SI. Für die Wahlen brauchen wir genügend Kandidaten für Bundesvertretung, Beirat und Kassenprüfung. Denkt daran, dass zusätzlich mögliche Nachrücker gebraucht werden, damit die Arbeit der zentralen Gremien immer gewährleistet ist.
- ▶ Nutzt die Zeit bis zur BDV um die Beziehungen zu Migranten und Flüchtlingen und ihren Organisationen zu entwickeln und zu festigen.
- ▶ Gewinnt zahlreiche neue Mitglieder und entwickelt Ideen und neue Methoden, damit SI weiterhin und verstärkt mit Spenden seine Solidaritäts- und Hilfsarbeit machen kann!
- ▶ Sprecht junge Leute an! Gewinnt sie gezielt als Mitglieder und Kandidaten für zentrale Gremien!
- ▶ Sucht den Kontakt zu Büro und Bundesvertretung! Meldet Eure örtlichen Termine wie Jahresmitgliederversammlung und Stände und Veranstaltungen ans Büro. Die BV ist bemüht, dass bei jeder stattfindenden Jahresmitgliederversammlung ein Mitglied der BV anwesend ist!
- ▶ Macht die BDV zu Eurer eigenen Sache! Entwickelt Initiativen und geht neue Wege!

Viel Erfolg in der Vorbereitung der BDV 2016 als gemeinsamer Höhepunkt unserer Arbeit!

Solidarische Grüße

i.A. der Bundesvertretung SI, Renate Radmacher

...und noch einige Termine

04.10.15	Regionaltreffen Nord in Berlin
14. - 18.10.15	1. Automobilarbeiterkonferenz in Sindelfingen (Maichingen)
14./15.11.15	Sitzung Bundesvertretung
25.11.15	Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen
05.12.15	(voraussichtlich) Umweltkampftag
Ende 2015	Internat. Sprachenseminar zur Vorbereitung der 1. WFK in Nepal
04.01. - 06.01.16	Winterfreizeit Brauenberg /Aalen
13.-18.03.16	Weltfrauenkonferenz in Nepal
13. - 15. 05. 16	Musikfestival in Truckenthal
12./13.11.16	Bundesdelegiertenversammlung

Kunsthandwerk

Viele fragten, was für tolle Kunsthandwerke wir im Büro lagern. Leider war es immer schwer über E-Mail oder Telefon die Materialien zu beschreiben. Deswegen nahmen wir dies zum Anlass einen Artikel über einige Kunsthandwerke zu schreiben.



Da haben wir Kunsthandwerke von Ecuador. Haarreif, Schlüsselanhänger, Taschen, Pfeifen, Armband aus Glas Schlüsselanhänger aus Tagua, Geldbeutelchen, Handyanhänger aus Tagua, Ohrstecker aus Glas Armband aus Tagua, Armband aus Indianerperlen Kinderschmuck Kette, Armband, Ring und Ohrringe.

Das Kunsthandwerk ist so schön vielfältig. Die Preise könnt ihr gerne im Büro anfragen. Demnächst stellen wir euch die SI Materialien bzw T-Shirt vor.

Büroteam/SI Bundesbüro

Büro-Renovierung in Duisburg 2015

Liebe Freunde/innen, leider müssen wir die Renovierung des SI-Bundesbüros im Oktober zunächst absagen. Beim Pfingstjugendtreffen hat sich eine Fachfrau angeboten, zu helfen. Dafür vielen Dank! - Aber leider reicht das nicht aus, um diese Aufgabe zu stemmen. Wir suchen deshalb nach neuen Lösungen, auch mit professioneller Hilfe. Wir werden ein neues Konzept erstellen und Euch darüber informieren. Denn auf jeden Fall ist eure Mitarbeit weiterhin gefragt. Bitte teilt uns mit, an welchen Tagen ihr 2015 bzw 2016 Zeit hättet nach Duisburg zu kommen. Auch für die Inventur zum Jahresende 2015 brauchen wir Unterstützung.

Euer Büro-Team im SI-Bundesbüro

Stand der Spenden Übergabe bis einschl. 14.09.2015

Die Spendentätigkeit ist ein wichtiger Teil unsere Solidaritäts- und Hilfsaktivitäten. Wir können eine überraschend gute Entwicklung der Spendeneingänge verzeichnen. Insgesamt sind in dem o.g. Zeitraum 150.871,19 € zweckgebundene Spenden für Rojava / Kobanê eingegangen.

Zu 99% von Spendeneingängen ist Rojava in allen Variationen. Alle anderen Eingänge sind im Vergleich z.Z. minimal.

Neu dazu gekommen ist „Haus der Solidarität“ und hat den Spendenstand: **1.174,51 € plus 500,00 €**, die SI als Unterstützung aus eigenem Vermögen beschlossen hat. Der ganze Betrag ist vollständig übergeben worden.

Spenden Rojava:

Rojava - ICOR (seit 9/2013):	EINGANG:	74.209,66 €
Rojava-Medizin (seit 1/2015):	EINGANG:	12.789,24 €
Kobanê-Soli-Ruhr (seit 2/15):	EINGANG:	4.127,21 €
Kobanê Brigaden (seit 4/2015):	EINGANG:	20.188,53 €
Kobanê Wiederaufbau	EINGANG:	33.730,37 €
Kobanê Gesundheitszentrum	EINGANG:	5.826,18 €
Insgesamt: Rojava EINGANG:		150.871,19 €
	schon übergeben:	101.679,10 €

Die Spenden werden immer direkt an unsere Partner zu 100,00 % weitergeleitet.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern für Euer Vertrauen und Euren Einsatz.

Auf Grund der zurückliegenden Erfahrung bitte unbedingt beachten:

Für die Ausstellung der Spendenbescheinigungen benötigen wir Eure vollständige Adresse (falls uns schon nicht bekannt). Die Bescheinigungen werden immer im Januar / Februar des Folgejahres an alle verschickt.

Eure SI-Kasse

Gewinner der Spendenkarten-Aktion

Es war wieder soweit. Am 02.09.2015 zogen wir die Gewinner der Spendenkarten-Aktion 2015. Bei uns gingen insgesamt 17 Karten ein.

Die Gewinner sind:

Nabil (Barham) aus Bayreuth
Sebastian (Bahar) aus Duisburg

Herzlichen Glückwunsch an die Gewinner. Ihr werdet in Kürze eure tollen Solidarität International – T-Shirt erhalten. Nutzt weiterhin die Verlosungskarten für eure Arbeit am Ort. Außerdem könnt ihr die Karten gerne im SI Büro bestellen, ihr müsst nur die Porto-Kosten zahlen.

Bis zum nächsten Jahr 2016!

Büro:

Grabenstr. 89, 47057 Duisburg

Tel. 0203/6045790 Fax 0203/6045791

E-Mail: buero@solidaritaet-international.de

Internet: www.solidaritaet-international.de

Bürozeit: Mittwoch 14.00 – 18.00 Uhr

Sprecher/innen der SI-Bundesvertretung:

Axel Kassubek, Uhlandstraße 16,

D-34119 Kassel, Tel. (0049) 0561/31 24 09

E-Mail: kassu@t-online.de

Renate Radmacher, Eifelstraße 22,

D-73433 Aalen, Tel. (0049) 073 61/72 52 2

E-Mail: renete.radmacher@online.de

Jutta Seynsche, Sebastian-Kneipp-Weg 7,

72116 Mössingen, Tel. (0049) 07473/37 82 451

E-Mail: Jutta-Seynsche@web.de

Bundesweite und örtliche Kontaktadressen

Aalen/Heidenheim: Christa Fragner-Schneider,

Falkensteinerstraße 16, 89547 Dettingen

Aschaffenburg: Karl – Heinz Wirsching,

Clemensstr. 7, 63743 Aschaffenburg

Tel.: 06021 – 862 84 55, Mobil: 0152 – 53 75 59 79

Berlin: Martina Wikowski,

Fritz-Werner-Str. 52b, 12107 Berlin,

E-Mail: Martina.Wikowski@gmx.de

Bochum: Helga Böttigheimer, Telemannstr. 13,

44869 Bochum, c-boettigheimer@versanet.de

Braunschweig: Bea Cockburn-Waßmann,

Geyssostraße 14, 38106 Braunschweig,

Tel. 0531/38933771, E-Mail: batracio_pe@yahoo.com

Bremen: Matthias Feilke,

Hohentorsheerstraße 8-10, 28199 Bremen,

Tel. 0421/3052666, Mafeibre-Feilke@web.de

Darmstadt: Ulrich Klingemeier,

Gagernstraße 3, 64283 Darmstadt, Tel: 06151/1364442

Dortmund: Franz Stockert,

Oesterholzstr. 26, 44145 Dortmund,

Tel.: 0231/83 73 83, E-Mail: frastock@arcor.de

Düsseldorf: Irmela Specht,

Zonser Straße 19, 40223 Düsseldorf,

Tel. 0211/151695, Fax: 0211/151630,

E-Mail: Gottfried_Specht@t-online.de

Duisburg: SI-Zentrum Duisburg,

Flurstraße 31, 47057 Duisburg, Tel. 0203/48 57 89 60

E-Mail: Si-Duisburg@web.de

Bürozeiten: Fr. 18.00 – 20.00 Uhr

Essen/Bottrop: Dagmar Arnecke,

Stenzelstraße 16, 45144 Essen

Esslingen: Werner Jauernig,

Turmstraße 2, 73728 Esslingen

Franken: Andreas Grünwaldt,

Guttenburgerstraße, 10, 91322 Gräfenberg,

E-Mail: AndreasGruenwaldt@web.de

Konten

Alle Konten bei:

Frankfurter Volksbank, BLZ 501 900 00

Spendenkonto:

(unter Verwendung eines entsprechenden Stichwortes)

Nr. 6100 800 584 BLZ 501 900 00

IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84 BIC: FFBVDEFF

Beitragskonto:

Nr. 6100 800 576 BLZ 501 900 00

IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76 BIC: FFBVDEFF



Frankfurt/Main: Martin Semle,

Leibnizstr. 36, 60316 Frankfurt, Tel: 0171 4153281

E-Mail: m.semle@t-online.de

Gelsenkirchen: Marlies Schumann,

Hauptstraße 40, 45879 Gelsenkirchen, 0209/202451,

E-Mail: marlies.schumann@gmx.de

Göppingen: Michael Wist,

Hauffstr. 22, 73084 Salach, Tel. 07162/9472984

E-Mail: m.wist@z.zgs.de

Hamburg: Christian Kölle,

Gerichtsstraße 40, 22765 Hamburg, Tel. 040/3800936

E-Mail: solinh@yaho.com

Hannover: Anke Nierstenhöfer,

Kansteinweg 12, 30419 Hannover,

E-Mail: hannover@solidaritaet-international.de

Heidelberg: Udo Merzinsky,

Mannheimer Straße 203a, 69123 Heidelberg, Tel. 06221/833506

Heilbronn: Dieter Schweizer,

Heidelbergerstr. 59, 74080 Heilbronn-Böckingen,

Tel. 07131/254983, E-Mail: artolu@web.de

Kassel: Hans Roth,

Maybachstraße 1, 34127 Kassel

Meinerzhagen: Albert Schmit,

Am Sonnenhang 32, 58540 Meinerzhagen, Tel. 02358/790072

München: Andrea Dumberger,

Knorrstraße 91, 80807 München, Tel. 089/6806872

Nürtingen/Kirchheim-Teck: Dieter Rupp,

Panoramaweg 54, 72660 Beuren

Oberhausen/Mülheim: Ingeborg Kasprk,

Riesenstr. 16, 46145 Oberhausen, Tel. 0208/64 69 28

E-Mail: IKasprk@t-online.de

Oldenburg: Clemens Sauerland,

Lindenstr. 9A, 26180 Rastede, Tel. 04402/9826-60, Fax: -80

E-Mail: clemens.sauerland@ewetel.net

Rüsselsheim: Wolfgang Almeroth,

Nürnberger Straße 14, 65642 Gustavsburg, Tel. 06134/51786,

E-Mail: w.almeroth@mail.de

Saarbrücken: Reiner Aulenbacher,

Schillstr. 51, 66113 Saarbrücken, Tel. 0681/75068.

E-Mail: aulesaar@mail.de

Schleswig-Holstein: W. Laub,

Tel. 03221/2324137, si-sh@arcor.de

Schwäbisch Hall: Lilo Röser,

Bahnhofstraße 15, 74523 Schwäbisch Hall, Tel. 0791/8 46 14

Stuttgart: Elsbeth Sureau,

Landhausstr. 51, 70190 Stuttgart,

Tel. 0711/264113, Fax 0711/3000591, E-Mail: PSureau@t-online.de

Tübingen: Ferit Atan,

Eugenstraße 7, 72072 Tübingen

Ulm: Axel Korn,

Ochsensteige 12/4, 89075 Ulm

Villingen-Schwenningen: Helmut Kruse-Günter,

Langstr. 4, 78050 Villingen – Schwenningen, Tel. 07721 /2068930

Impressum:

Herausgegeben im Auftrag der Bundesvertretung von Solidarität International (SI) e.V.

Verantwortlicher der Redaktion:

Axel Kassubek, Uhlandstr. 16, 34119 Kassel, Tel.: 0561/312409, email: kassu@t-online.de

Zuschriften – bitte per email in pdf oder rft Format – an:

waltraut.bleher@t-online.de

Vertrieb/Bestellungen:

Geschäftsstelle Solidarität International e.V., Grabenstr. 89,

47057 Duisburg, Tel.: 0203/6045790, Fax: 0203/6045791

Auflage: 1400 Stück

Layout: Verena Schulz

Druck: Druckerei Neuer Weg GmbH, Alter Bottroper Str. 42, 45356 Essen

Spendenpreis: € 1

Für SI Mitglieder ist der Bezug des Newsletter im Mitgliedsbeitrag enthalten.